

PROTOKOLL

über die 10. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 9. Dezember 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Rosa Rahstorfer

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 1) GHJ2-93/04 Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Rudolf Ondrejka, 4400 Steyr, Haidershofnerstraße 1/1.
- 2) GHJ2-100/04 Generalsanierung Leopoldibrunnen Stadtplatz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

3) K-100/01 Anpassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Marlen Haushofer – Grundsatzbeschluss.

4) Fin-194/03 Museum Industrielle Arbeitswelt; Nachtragsförderung 2004.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

5) Stw-53/04 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2003.

6) Stw-96/04 Städt. Verkehrsbetrieb; Anpassung der Haustarife an die Tarife des ÖÖVV mit 1. 1. 2005.

7) Stw-95/04 Erdgaspreiserhöhung per 1. 1. 2005 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise.

8) Stw-77/04 Städtische Bestattung; Neustrukturierung und Anhebung der Bestattungstarife ab 1. 1. 2005.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) BauStr-22/02 Zusatzauftrag Kaulichstraße – Aignergründe; Bereich Pyrachstraße bis Lilienhofweg – Regenwasserkanal; Vergabe.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

10) GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr für das Jahr 2005.

11) Fin-100/04 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2005.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind die GR Monika Freimund und der GR Hans Payrleithner. Entschuldigt ist die GR Rosa Rahstorfer und die GR Roswitha Großalber kommt etwas später. Wir kommen zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Es sind keine Anfragen eingelangt. Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Altenheim Münchenholz: Erste Bewohnerin eingetroffen

Am 1. Dezember um Punkt 8.00 Uhr ist die erste Bewohnerin im neuen Alten- und Pflegeheim Münchenholz eingetroffen. Die Seniorin ist von Vizebürgermeisterin Friederike Mach und der Führung des APM mit einem Blumenstrauß herzlich begrüßt worden. Insgesamt siedelten am 1. Dezember 72 Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Alten- und Pflegeheim Tabor in das neue Haus in Münchenholz. Durch eine sehr genaue Vorbereitung, die in einem Arbeitskreis mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus beiden Häusern bis ins Detail erarbeitet worden ist, konnte die Siedlung rasch und effizient erfolgen. Das Rote Kreuz half bei den Transport- und Übersiedlungsarbeiten. Die große Übersiedlungs-Aktion wurde mit einem gemeinsamen Mittagessen abgeschlossen. Alle Helfer waren dazu eingeladen. Bis Mitte Jänner wird das neue APM voll belegt sein.

Stadt ersteigert Kirchenfenster

Mag. Augustin Zineder, der Chef der Kultur-Abteilung des Steyrer Magistrates, hat am 2. 12. 2004 im meinem Auftrag drei aus der Stadtpfarrkirche Steyr stammende spätgotische Glasfenster zum Ausrufungspreis von 15.000 Euro ersteigert. Der Schätzwert der Fenster beträgt etwa 30.000 Euro. Das Land Oberösterreich, die Diözese und die Stadtpfarre werden sich an den Kosten beteiligen.

Die Glasfenster sind wahrscheinlich um das Jahr 1480 entstanden. Sie galten lange als verschollen und sind erst 1993 wieder aufgetaucht. Die drei Glasfenster sollen sich früher in einem südlichen Fenster der Stadtpfarrkirche befunden haben.

Wehrgrabengasse wird saniert

Die Wehrgrabengasse im Bereich Direktionsberg bis Wiesenberg wird derzeit saniert. Die Arbeiter bessern die Schäden auf der Fahrbahn und an der Uferböschung aus. Entlang des Ufers wird auch ein neues Eisengeländer montiert.

Die Bauarbeiten werden noch vor Weihnachten abgeschlossen, die Verkehrsteilnehmer müssen im Baustellen-Bereich mit kurzzeitigen Behinderungen rechnen. Sperren sind nicht vorgesehen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Da habe ich erst vor 14 Tagen im Gemeinderat berichtet, daher gibt es heute keine weiteren Berichte.

Ich bitte noch um die Kenntnisnahme der Berichte des Stadtsenates und wäre damit bei Punkt 5), bei den Verhandlungsgegenständen. Ich bitte als ersten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im ersten Antrag geht es um den Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Rudolf Ondrejka, der derzeit im Stadtgut, in unserem Bauernhof wohnhaft ist und wir weitere Planungen in diesem Bereich machen wollen, es gibt ja Interessenten dafür, daher ist es notwendig, dass wir dieses Haus frei bekommen. Ich glaube, dass es auch für die Gesamtkonzeption TIC wichtig ist, weil ja das nicht unbedingt ein ansehnliches Objekt im Bereich TIC ist, dass wir dort zu einer Lösung kommen. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

1) GHJ2-93/03 Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Rudolf Ondrejka, 4400 Steyr, Haidershofnerstraße 1/1.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 22. November 2004 wird dem Abschluss einer Vereinbarung über die Zahlung einer Investitionsabläse in Höhe von insgesamt

€ 40.000,-- (in Worten: Euro vierzigtausend)

und der Auflösung des Mietverhältnisses mit Herrn Rudolf Ondrejka, 4400 Steyr, Haidershofnerstraße 1/1, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung der Investitionsabläse und des Kaufpreises wird bei der VAST. 5/853000/010150 ein Betrag von Euro 40.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehnsaufnahme zu erfolgen. Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehnsaufnahme in Höhe von € 40.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, voraussichtlich einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der nächste Punkt ist ein erfreulicher Punkt, gerade in der Diskussion über den Stadtplatz. In diesem Antrag geht es um die Sanierung und wieder Inbetriebnahme des Leopoldibrunnens. Wir haben hier von der Fachabteilung wirklich einen sehr konstruktiven und wirtschaftlich interessanten und sparsamen Vorschlag eingebracht. Ursprüngliche Schätzungen waren wesentlich höher. Diese Form der Sanierung, die jetzt vorgeschlagen wird, ist auch budgetschonend und auch von der Umwelt her, es wird da mit Grundwasser dieser Brunnen betrieben werden. Das Wasser wird dann alle paar Tage von der Gärtnerei für Bewässerung abgepumpt und wird wieder mit frischem Wasser angereichert. Dadurch sind auch keine Chemikalien notwendig, dass das Wasser nicht bricht. Ich ersuche dem Antrag auf 113.000,-- Euro, für die Sanierung dieses Brunnens, die Zustimmung zu geben.

2) GHJ2-100/04 Generalsanierung Leopoldibrunnen Stadtplatz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 22. 11. 2004 wird der Auftragsvergabe zur Sanierung des Leopoldibrunnens samt Restaurierung des Steines, des Technischschachtes, der Strom- und Installationsleitungen und Errichtung einer Nutzwasserbrunnenanlage, an die

Fa. Werkstatt (Weißkirchen) - Sanierung des Steines
Fa. Mayr (Steyr-Gleink) - Bleiblechhauskleidung
Fa. Klausriegler (Steyr) - Installationsarbeiten
Fa. Nogrased (Steyr) - Schachtsanierungsarbeiten
Fa. Lamplmayr (Steyr) - Elektroanspeisung

zugestimmt.

Die Mittel für die in Rede stehenden Maßnahmen im Gesamtausmaß von Euro 112.819,78 inkl. USt. sind im VA 2004 vorgesehen.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Sanierungsarbeiten wird der Mittelfreigabe von

€ 113.000,-- inkl. USt. (hundertdreizehntausend) bei der VA-Stelle 5/81500/050080 (Park- und Gartenanlagen Sonderanlagen)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 113.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein sehr erfreulicher Amtsbericht. Es ist ja schon länger darüber diskutiert worden, der schlechte Zustand des Brunnens erfordert dringende Sanierungsmaßnahmen. Mich hätte nur in diesem Zusammenhang interessiert, weil es geht nämlich aus dem Amtsbericht nicht hervor, wann diese Baumaßnahmen durchgeführt werden sollen. Diese Tätigkeiten führen ja am Stadtplatz immer wieder zu Diskussionen. Ich darf nur daran erinnern an diverse Bauarbeiten im letzten Jahr. Vielleicht kann uns hier berichtet werden, wann das durchgeführt werden soll, in welchem Zeitraum. Und dann hätte mich noch etwas interessiert, es ist zwar im Bauausschuss einmal kurz darüber diskutiert worden, ursprünglich ist ja der Brunnen an einem anderen Platz am Stadtplatz gestanden. Wenn man alte Aufnahmen anschaut wird man feststellen, dass das nicht der Ort ist an dem er heute steht. Ist es geplant, dass man den Brunnen genau am selben Ort wieder aufstellt oder auf den ursprünglichen Platz wieder zurückversetzt?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Entscheidung ist getroffen, auch mit Herrn Dr. Kaiser und mit allen die sich damit beschäftigt haben, dass der Brunnen an dem Platz stehen bleiben wird. Also er wird nicht verrückt, er bleibt dort stehen. Von der Sanierung, vom zeitlichen Ablauf ist es so, dass die Methode gewählt wurde, dass der Brunnen vor Ort saniert wird, nicht wie ursprünglich überlegt wurde, dass der Brunnen abgetragen wird und dann in einer Werkstätte saniert wird. Von dieser Methode ist man abgekommen. Man hat eine Firma, die vor Ort sanieren wird. Also, der Brunnen wird weitgehend stehen bleiben. Der Zeitpunkt der Sanierung ist dann natürlich von der Witterung abhängig. Wir wollen so schnell wie möglich beginnen, aber es wird halt vom Wetter abhängig sein. Sein soll es so, dass mit Frühjahr, wenn der Brunnen wieder in Betrieb genommen werden soll, dass er fertig sein soll. Das kann man

nicht ganz genau auf den Tag sagen, sondern das ist von der Witterung abhängig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Spanring um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates in meinem ersten Antrag geht es um die Entlehnordnung für unsere Stadtbücherei Marlen Haushofer, Anpassung der Gebührenordnung. Das ist an sich einmal ein grundsätzlich erfreulicher Bericht, nachdem sich die Bücherei wirklich zu einem hervorragenden Ort entwickelt hat mit seinen 33.400 Medien. Im Sinne eines modernen Dienstleistungsbetriebes sind die Verwaltungsprozesse kundenorientiert, einfach und benutzerfreundlich zu gestalten und so liegt der Antrag vor, die Gebührenordnung entsprechend dem Amtsbericht beschließen zu lassen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

3) K-100/01 Anpassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Marlen Haushofer – Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Erwachsenenbildung, Dienststelle Bücherei, vom 9. November 2004, wird die Gebührenordnung der Stadtbücherei Marlen Haushofer entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag mit Wirkung ab 1. 1. 2005 geändert sowie der Gebührenindexierung in 3-Jahres-Intervallen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieser vorliegende Antrag ist ja eigentlich ein Beispiel von vielen, vielen gleichgelagerten Problemfällen, die zu einer Budgetausweitung führen, mit der sich dann der Gemeinderat, so wie es bei seiner letzten Sitzung in Form eines Nachtragsvoranschlages zu beschäftigen hat. Im konkreten Fall geht es also darum, dass das Museum Arbeitswelt an die Stadt herantreten ist ...

Zwischenrufe. Wir sind bei der Bücherei!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung, da habe ich jetzt den falschen Antrag. Entschuldigung, ich werde meine Wortmeldung dann wiederholen, ich war der Meinung es ist schon abgestimmt worden. Ich hoffe, dass es mir dann nicht weiter so geht in der Sitzung nachdem wir schon so problematische Gespräche geführt haben, darf ich mich dann nachher zu Wort melden. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Roman, ich sehe das ein, es ist noch sehr bald am Morgen.

Weitere Wortmeldungen gibt es zu diesem Thema nicht. Ich bitte um das Schlusswort oder soll ich gleich abstimmen?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Gleich abstimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das vom Kollegen Eichhübl schon vorweggenommene Museum Industrielle Arbeitswelt, Nachtragsförderung für 2004. Der Verein Museum Arbeitswelt hat im Jahr 2003, Mitte des Jahres, um eine Subvention in der Höhe von 181.500,-- Euro angesucht. Das ist

im Prinzip die Subventionshöhe die im Jahr 2002 bzw. 2003 dem Verein Museum Arbeitswelt zugebilligt wurde. Im Budget 2004 wurde eine Jahresförderung in der Höhe von 109.100,-- vorgesehen und auch entsprechend zur Auszahlung gebracht. Im Zuge des Jahres hat sich dann ergeben, dass zwar nicht der ganze Betrag von 181.500,-- Euro notwendig wurde für das Museum Arbeitswelt, sondern eine Nachtragsforderung in der Höhe von 36.200,-- Euro angesucht wurde an den Bürgermeister. Ich ersuche um Freigabe dieser 36.200,-- Euro.

4) Fin-194/03 Museum Industrielle Arbeitswelt; Nachtragsförderung 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 23. November 2004 wird dem Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, eine Nachtragsförderung für das Jahr 2004 in Form einer Subvention in Höhe von

EURO 36.200,-- (i.W. EURO dreißigsechstausendzweihundert)

gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EURO 36.200,-- bei der VA-Stelle 1/360000/757000 – Museum, Subvention Museum Arbeitswelt - freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von EURO 36.200,-- bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dazu haben sich bereits zwei Gemeinderäte gemeldet. Roman, du bist noch einmal dran.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke Herr Bürgermeister für die Worterteilung. Ich habe es heute geschafft, zum Unterschied von einigen Kollegen, ich erinnere mich an die letzte GR Sitzung, wo eine mehrmalige Aufforderung notwendig war um zur Sache zu kommen. Hier hat eine einmalige Aufforderung von dir, Herr Bürgermeister, genügt. Ich darf mich daher wiederholen. Im Übrigen habe ich ja gewusst, dass der vorhergehende Antrag zu keinen Problemen führen wird, sondern eine einstimmige Annahme ja direkt abzulesen war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf also nochmals beginnen, dieser vorliegende Antrag einer von vielen gleichgelagerten Fällen die sehr problematisch sind, weil sie zu entsprechenden Budgetausweitungen führen, mit denen sich dann der Gemeinderat in Form eines Nachtragsvoranschlages, so wie bei der jüngsten Sitzung in diesem Haus, zu beschäftigen hat. Konkret geht es also darum, dass dieser Verein eine Anforderung an das Budget oder an den Herrn Bürgermeister oder an wen auch immer in der Größenordnung von 181.500,-- Euro vorerst gestellt hat. Im Budget wurden dann aber nur, unter Anführungszeichen, 109.100,-- Euro vom GR beschlossen. Jetzt liegt eine Nachtragsforderung vor, der Referent hat bereits darauf hingewiesen, in der Höhe von 36.200,-- Euro. Jetzt muss man schon fragen: „Was ist da passiert?“ Es drängt sich ja nahezu der Verdacht auf, dass man sehr bewusst einen geringeren Betrag in das Budget hineingesetzt hat, um das Budget zu schönen, und womöglich diesen Verein in die Hoffnung gesetzt hat, am Jahresende wieder an die Stadt herantreten zu können, denn wie sonst wäre das zu verstehen, dass in diesem Amtsbericht drinnen steht, dass man hier die noch offene Förderung verlangt. Die noch offene Förderung. Oder aber, es ist anders gelaufen und zwar so, dass dieser Verein diese Förderung von 109.100,-- Euro im März genommen hat, dann frisch und fröhlich darauf losgewerkt hat und am Jahresende draufgekommen ist, dass eben dieser Betrag von 36.200,-- Euro fehlt um das Budget abzudecken. Für beide Versionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion nicht zu haben. So kann das nicht sein, denn das ist eine Aufforderung an alle anderen Vereine und Subventionsnehmer ebenfalls eine derartige Vorgangsweise zu wählen. Ich kann es nur den Vereinen so weiter empfehlen, sie sollen dasselbe machen. Ich bin nur neugierig, was die Verantwortlichen tun werden. Ich erinnere mich schon daran, als Gegenbeispiel, bei der Förderung der Privatkindergärten ist man beinahart geblieben, mit allen möglichen Argumenten und da ist man so großzügig. So kann das nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Vorerst zwei Vorbemerkungen. Das Museum Arbeitswelt ist ein wichtiges Museum, hat europäische Anerkennung, ist von Steyr nicht wegzudenken. Die zweite Vorbemerkung: Das Museum Arbeitswelt hat versucht ein zweites Standbein zu finden als Veranstaltungshaus um dort Geld hereinzubekommen. Jetzt aber möchte ich beginnen mit der Frage, die Herr GR Eichhübl gestellt hat. Was ist da passiert? Herr Gemeinderat, da ist überhaupt nichts passiert, sondern das hat sich jetzt sechs Jahre lang eingebürgert. Wir machen das jetzt schon sechs Jahre lang. Wir machen das jetzt sechs Jahre immer wieder am Jahresende, einmal sogar im Jänner nach Budgetbeschluss, dass wir diese Förderung des Museums Arbeitswelt erfüllen. Fünf Jahre lang habe ich es mitgetragen, weil ich einfach immer wieder gesehen habe, ich weise auf meine zwei Vorbemerkungen hin. Nun aber kann ich es nicht mehr mitverantworten, denn seit Oktober schreiben wir allen Kulturtreibenden, wir haben kein Geld mehr. Wir können nichts mehr fördern. Wenn ich dann schaue und man streicht die Literaritäten heraus, 10.000,-- Euro, wo man ein EU-Projekt gemacht hat. Wie sollen wir allen anderen Kulturtreibenden sagen, jetzt haben wir auf einmal die 36.000,-- Euro? Ich glaube, um das aufzuzeigen, müssen wir heute dagegen stimmen obwohl es mir Leid tut, weil ich weiß, dass das Museum Arbeitswelt Geld braucht. Aber das brauchen auch die anderen Kulturtreibenden. Und wir sage allen anderen Kulturtreibenden, ihr müsst halt so wirtschaften, dass ihr durchkommt. Mir tut es sehr, sehr Leid, aber in dieser Art und Weise kann es nicht sein, dass das einfach zu einer laufenden Form wird, die Subventionen zu erhöhen. Dann ist natürlich leicht zu sagen, 2002, 2003 haben sie mehr gehabt. Wir müssen leider dieses Mal dagegen stimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster Redner ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Lieber Roman Eichhübl, du hast am Beginn gesagt, bei der letzten Sitzung haben wir eine mehrmalige Aufforderung dazu gebraucht, dass wir wieder gewusst haben, wo wir sind und du hast nur eine einmalige Aufforderung gebraucht. Das ist natürlich altersbedingt. Wenn man schon in einem fortgeschrittenen Alter ist, hat man nicht mehr so einen tiefen Schlaf, da ist man schneller munter.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das weiß ich aus eigener Erfahrung natürlich, darum kann ich das auch sagen.

Aber zurück zum Museum Arbeitswelt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mittlerweile sitze ich auch einige Jahre da herinnen in der Gemeindestube, im GR-Sitzungssaal und die Debatte Museum Arbeitswelt ist eine immer wiederkehrende Debatte. Grundsätzlich bekennt man sich zwar dazu aber wenn es ums Geld geht, dann bekennt man sich wieder nicht ganz so, nicht alle, ich habe jetzt gar niemanden dabei genannt. Ich weiß schon, dass die ÖVP da eine andere Haltung einnimmt wie die FPÖ dazu einnimmt. Das ist schon bewusst und das möchte ich auch erwähnt haben. Aber es gibt halt immer wieder Kritik beim Museum Arbeitswelt. Ich komme dann eh noch einmal darauf zurück. Eines was aber schon unverständlich ist, und das möchte ich auch in diesem Kreis heute einmal sagen, ich selbst bin einige Jahre im Verein Museum Arbeitswelt gesessen, entsendet von der Gewerkschaft, war bei den Sitzungen im Verein dabei. Alle Fraktionen des Gemeinderates haben Sitz und Stimme im Verein Museum Arbeitswelt. Die Fraktion der Freiheitlichen haben sich dort sowieso vornehmlicherweise immer entschuldigt. Der Herr Dr. Pfeil ist nie bei einer Sitzung gewesen, das habe ich nie erlebt. Alle anderen Fraktionen haben im Verein die Konzeption des Museums Arbeitswelt immer mitgetragen. Ich habe dort nie von wem gehört, wenn irgendwelche Überschreitungen waren, wenn zusätzlich Geld gebraucht wurde, dass irgendwo etwas kritisiert worden wäre. Im Verein ist alles mitgetragen worden, das was nämlich vordergründig die Aufgabe des Vereinsvorstandes wäre, das Budget zu erstellen und mit dem Budget zu arbeiten, mit dem auszukommen. Es ist nie kritisiert worden und nie intensiv diskutiert worden. Aber da

herinnen, ein bisschen abseits vom Geschehen des Vereines, da stellen wir uns locker her und sagen, wie die dort mit dem Geld umgehen, die werfen das Geld hinaus und halten sich an nichts und es ist eh alles nichts. Also, das möchte ich da schon wirklich „in aller Deutlichkeit möchte ich das erwähnt haben“ würde der Minister Haupt sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In aller Klarheit hat er gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber grundsätzlich glaube ich auch, und ich rede da auch im Interesse und aus der Position unserer Fraktion, es wird auch notwendig sein, dass wir, wenn wir Förderungen für einen Verein zahlen, dass sich der Verein auch an dieser Förderung orientiert und dass es sicherlich nicht möglich ist auf die Dauer ständig in Form von Kreditüberschreitungen dann nachbessern, wenn man am Jahresende mit dem Geld nicht ausgekommen ist. Das wird sicherlich auch für uns auf Dauer so nicht akzeptabel sein. Wir wissen, dass sich halt aus verschiedenen Umständen die Finanzsituation im Museum Arbeitswelt negativ entwickelt hat. Das wissen alle Verantwortlichen. Wir müssen aber auch dem Verein die Chance geben, liebe Kolleginnen und Kollegen, intern selber auch dort wirtschaftlich hinzukommen wo sie hinkommen müssen. Wir werden auch heute, wenn wir das Budget beschließen, eine Subvention für das Museum Arbeitswelt vorsehen und es ist eine klare Vorgabe unsererseits, es ist dann nächstes Jahr im Protokoll nachzulesen, dass sich das Museum Arbeitswelt an diese Subvention zu halten hat und nicht im Oktober/November nächsten Jahres wieder um eine Erhöhung kommen kann, weil da halten wir uns gegenseitig am Schmä. So kann das nicht sein und so soll das auch nicht sein. Also, da muss man dort hinkommen. Aber ich ersuche schon auch vereinsintern, alle Fraktionen die dort sitzen, das so dort zu vertreten und ihre Aktivitäten auch nach dem auszurichten. Das sollte aber nicht heißen, dass das Museum Arbeitswelt für die Dauer nicht mehr an Förderungen bekommen kann. Wenn irgendwelche Sonderprojekt im Museum Arbeitswelt sind, werden wir darüber diskutieren müssen und da muss man schauen, ob man die eine oder andere zusätzliche Subvention gibt. Aber grundsätzlich muss man sich an dem orientieren. Ich würde aber doch ersuchen, und Herr Kollege Lengauer, ich glaube sie wissen auch, dass vereinsintern die größten Anstrengungen sind, die Budgetsituation in den Griff zu bekommen. Es gibt Einsparungsziele im Verein, so wie mir bekannt ist. Ich bin ja jetzt nicht mehr drinnen, aber ich bin darüber informiert, dass sich der Verein ein ehrgeiziges ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Arbeiterkammer ist dort ausgetreten oder was?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, ist nicht ausgetreten, die Arbeiterkammer bezahlt noch 500.000,-- Schilling an Subvention. Die Arbeiterkammer ist dort dabei, ÖGB, das kann ich jetzt aktuell nicht sagen, ob da noch Förderungen bezahlt werden.

Der Verein selbst hat sich da zum Ziel gesetzt, in den nächsten Jahren die Personalsituation so anzupassen, dass sie mit dem Budget auskommen. Daher würde ich schon ersuchen, dass, gerade sie, der ein Befürworter dieses Vereines ist, das auch mittragen können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster Redner ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kultur, ich glaube da kann man dann das Lottchen auch zitieren oder der Ausspruch der da getätigt wurde: „Ich höre die Botschaft, wohl allein mir fehlt der Glaube.“ Sechs Jahre lang haben wir jedes Jahr dieselbe Diskussion. Sechs Jahre hindurch, also fünf Jahre jetzt, ist jedes Mal die SP herausgekommen und hat gesagt: „Aber nächstes Jahr machen wir das nicht mehr.“ Nur, die handelnden Personen im Museum Arbeitswelt, denen ist das vollkommen egal, weil sie bekommen ja das Geld sowieso. Ich attestiere kein ernsthaftes Bemühen. Was hat man gemacht? Man hat die Indianer im Prinzip gekürzt, die Häuptlinge sind alle noch unten. Schön langsam wird das ein Haus nur mehr noch mit Häuptlingen. Fast alles wird zugekauft. Wir haben zwei hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiter, eine hauptberufliche akademische Öffentlichkeitsarbeiterin für das Museum da unten bitte schön. Wir haben, bitte schaut euch das an, ich bin Tourismusreferent auch, und die derzeitige Ausstellung bitte schön ist für den Tourismus vollkommen uninteressant. Geht an irgendeinen Tag hinunter, außer am Schulende, weil da werden

autobusweise die Schüler hingekarrt. Schaut euch einmal die Akzeptanz an, das wird alles von der Führung vollkommen negiert. Jetzt kann man immer noch sagen ein Kulturauftrag usw. Gut, in Ordnung. Aber nur die Vorgaben des budgetären Rahmens, auch an die müssen sich die Herrschaften halten. Was wir da heute so lapidar, einfach im Drübergehen, so fast nebenbei, weil es war ja nicht einmal notwendig, dass man ein Ansuchen an den Kulturausschuss schickt, sondern das schickt man dann einfach an den Bürgermeister, weil da brauchen wir ja die Gremien nicht. Alle anderen müssen sich daran halten, das Museum Arbeitswelt nicht. Wir reden von 36.000,-- Schilling.

Zwischenrufe: Euro!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

36.000,-- Euro. Dieser Betrag, wenn ich mich jetzt nur einmal an die Diskussion erinnere über die Privatkindergärten, das war genau dieser Betrag der da gefordert wurde. Das ist aus budgetären Gründen nicht darstellbar gewesen. Das geht nicht, das kann man nicht. Da geht es um 234 Kinder. Für die waren 36.000,-- Euro nicht verfügbar. Da bitte schön, es ist halt so, nächstes Jahr wird es anders. Allein uns fehlt der Glaube, wir gehen nicht mehr mit, es reicht. Im Gegensatz zum Engelbert Lengauer bin ich durchaus der Meinung, man kann auch über den Bestand dieses Museums diskutieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, allzu oft dürften sie vielleicht doch nicht im Vorstand gewesen sein Herr Kollege Bremm, weil dann wäre ihnen aufgefallen, dass nicht alle Fraktionen des Steyrer Gemeinderates im MAW sitzen, weil weder die Liberale GR-Fraktion noch das Bürgerforum war jemals ein Mitglied des Vorstandes. Dessen ungeachtet findet das Museum Arbeitswelt sicherlich Bereicherung in der Region, aber es ändert nichts daran, dass diese Geschichte heute eine Frechheit ist. Eine absolute Frechheit gegenüber allen Kulturschaffenden denen wir wirklich seit September mitteilen, wir haben kein Geld. Für einen Druckkostenbeitrag für einen Steyrer, der einen Band herausbringt. Das haben wir immer gemacht. Da geht es oft um 500,--, 600,-- Euro. Wir haben jeden mitgeteilt, es tut uns Leid, budgetäre Gründe, wir haben kein Geld. Dann flattert was rein in der Höhe von 36.200,-- Euro. Da wird nicht einmal darüber diskutiert, das kommt einfach so auf die Tagesordnung im GR rein, in der Hoffnung, na irgendwie werden wir es eh schnell mitbeschließen. Also, es ist eine absolute Frechheit gegenüber allen Kulturschaffenden so zu agieren und das jedes Jahr wieder. Ich muss sagen, ich fühle mich eigentlich wirklich schon, in aller Deutlichkeit, verarscht als Mitglied des Kulturausschusses, wenn ich da drinnen sitze und ständig hören muss wir haben kein Geld, wir können uns 500,-- Euro nicht leisten, wir können uns 1.000,-- Euro nicht leisten und wir müssen diese Literaritäten absagen, wo es um 10.000,-- Euro geht, wo es um ein EU-Projekt geht, das schon im Laufen ist. D. h., das ist nicht eine Geschichte wo man jetzt sagen kann wir stoppen das ganz einfach, sondern wir haben einen Zug ins Rollen gebracht und jetzt sagen wir so, das Geld haben wir nicht mehr und das MAW ist plötzlich da. Das ist für mich eine absolute Sauerei so zu agieren, das sage ich ihnen in aller Deutlichkeit so und mein Vokabular ist normalerweise ein anderes. Da ärgere ich mich einfach zum Quadrat. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, und da sind wir dann schon fast beim Thema Budget. Heute geben wir zusätzlich 36.200,-- Euro aus und für das Budget im nächsten Jahr, weil wir ja nicht mehr so viel Geld haben, haben wir plötzlich für das MAW statt der Förderung von 109.100,-- 69.100,-- hineingenommen.

Zwischenrufe: Das stimmt nicht!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist schon wieder korrigiert worden! Aber bei dem Budget ist es eh egal. Schreiben wir halt was hinein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aha. Aber alleine dass man ursprünglich auf die Idee gekommen ist wir kürzen 40.000,-- runter wobei wir heute wieder 36.200,-- draufgeben zeigt, dass das alles eigentlich nur ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du hast das falsch gelesen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schreiben wir halt alles weiter, ist ja egal. Diese 36.200,-- Euro, wenn ich mir überlege was man da alles machen hätte können im Kulturbereich in Steyr, wie viele Projekte damit realisierbar gewesen wären, finde ich es wirklich eine Frechheit, dass man da die Zustimmung gibt, ohne dass wirklich Änderungen zu erwarten sind. Sie haben das Schlupfloch ja eigentlich zuerst schon erwähnt, ich glaube es waren sie Herr Kollege Bremm oder irgendjemand anderer, es wird ja dann halt irgendwelche Sonderförderungen für Projekte geben oder so, d. h., im Endeffekt werden wir wahrscheinlich genauso dort sein wo wir heute sind. Ich will jetzt nicht die Kultur und das Soziale gegeneinander aufrechnen, die Vorredner haben es aber eh schon gesagt, alleine wenn man sich anschaut wie mit den Kindergartenbetreibern umgegangen worden ist, wo man gesagt hat nicht einmal 500,-- Euro mehr sind drinnen, ganz im Gegenteil, man hätte sogar noch 15 % Kreditsperre darüber gehängt, ist das halt wirklich eine Sauerei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster Redner ist Herr GR Klausberger.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen tut es mir weh, wenn man aufrechnet. Wenn man Dinge aufrechnet die in der Kultur passieren mit anderen Dingen die in der Kultur passieren. Ich denke mir eine Sache die gut ist, nämlich das Museum Arbeitswelt, kann nicht mit anderen aufgerechnet werden. Die Logik wäre dann, da schaffe ich dann auch das Museum Arbeitswelt ab, habe ich wieder ein Stückchen Kultur in Steyr abgeschafft. Das kann nicht sein, und das glaube ich ist nicht gut. Man soll die Kirche in diesem Fall im Dorf lassen. Gunter, Herr Stadtrat, du sagst man kann sogar über den Bestand des Museums diskutieren und das meine ich damit, dass das aus der Sicht der Kulturpolitik einer Stadt wie Steyr überzogen ist. Es kommen viele Menschen hier her. Du hast dich als Tourismusreferent eingebracht. Ich glaube, der Tourismus lebt oft auch von der Umwegsrentabilität. Ich finde, dass Schüler hingekarrt werden ist eine Sprachregelung die uns Pädagogen nicht gefallen kann. Die Schüler gehen gerne in das Museum Arbeitswelt und es kommt ein großartiges Feedback zurück. Sie melden uns in den Schulen, dass das, was sie dort oft in zwei Stunden hören, sehen und erleben weit mehr ist als eine Unterrichtsstunde, weit mehr ist als zwei Unterrichtsstunden, weit mehr ist als wochenlanger Unterricht, weil es anschaulich dargeboten ist, pädagogisch aufbereitet ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das sieht man auch bei der PISA-Studie.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Daher meine ich, gerade in Zeiten der PISA-Studie, wir reden von der PISA-Studie und meinen aber alle etwas anderes. Die PISA-Studie ist mit 15-jährigen gemacht worden, ich spreche jetzt von meinen 15- bis 19-jährigen an unserer Schule und dem Feedback aus diesem Kreis. Aber die Frage ist immer wieder: „Kann ich als Tourismusreferent eine Einrichtung grundsätzlich infrage stellen die die Menschen nach Steyr bringt? Kann ich als Tourismusreferent eine Einrichtung infrage stellen die Schüler in ein Haus bringt?“. Saalbach hat jahrelang Schüler nach Saalbach gebracht und die Umwegsrentabilität war, dass die Erwachsenen als Touristen gekommen sind. Ich bitte das als Tourismusreferent zu bedenken. Wenn ein Schüler in ein Museum geht, dann kommt er vielleicht als erwachsener Tourist dorthin zurück.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster Redner ist GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, was ist uns Kultur wert, was ist uns Bildung wert? Ich habe gedacht, diese Diskussion führen wir unter Umständen heute im Budget, es zeigt sich, dass diese Diskussion bereits bei diesem Tagesordnungspunkt zum Thema wird. Bevor ich auf die einzelnen Details zu diesem Tagesordnungspunkt eingehe, möchte ich auch appellieren, doch ehrlich zu sein im Gemeinderat und zu sagen, was man denn wirklich will. Meiner Meinung nach sind einige Mandatare, die auch vor mir jetzt gesprochen haben, nicht ganz ehrlich. Dem Einzigen dem man das wirklich attestieren kann ist der Kollege Mayrhofer, denn er hat ganz klipp und klar gesagt, er stellt das

Museum Arbeitswelt infrage. Das Problem das sich für mich zeigt ist, ich stelle es natürlich nicht infrage, ganz im Gegenteil, dass wir hier unterschiedliche Auffassungen von Kultureinrichtung und den Wert von Bildungseinrichtungen haben. Und nicht nur Bildungseinrichtungen die schulisch organisiert sind, sondern auch außerschulisch organisiert sind wie z. B. das Museum Arbeitswelt. Ich bin sehr enttäuscht über den Vorsitzenden des Kulturausschusses, den Kollegen Lengauer, denn gerade er müsste wissen, dass die Förderansuchen des Museums Arbeitswelt natürlich alle Jahre in derselben Höhe waren und dass wir alle Jahre mit denselben Zahlen konfrontiert waren und wir alle Jahre das Problem gehabt haben, dass wir am Anfang und bei den Budgetsitzungen zu wenig Geld im Budget gehabt haben und dann während des Jahres immer wieder versucht haben zusätzlich Geld aufzutreiben. Wenn man die Relation Land, Bund, Stadt diskutiert, und die finde ich ja auch sehr interessant. Der Bund hat sich speziell mit der Schwarz/Blauen-Regierung sehr stark vom Museum Arbeitswelt zurückgezogen. Die Kosten haben andere auffangen müssen. Unter anderem das Land OÖ und die Stadt Steyr. Während das Land OÖ eine sechsjährige Förderung von 250.000,-- Euro zugesichert hat, und jeder der in einem Verein arbeitet weiß was Planungssicherheit heißt, wie angenehm es ist einen Sechsjahresvertrag zu haben und nicht jedes Jahr wieder angewiesen zu sein neu zu verhandeln, was es für eine Qualität hat, vom Land die Zusicherung zu haben. Und wir hier im Gemeinderat in Steyr diskutieren auf einem Niveau über das Museum Arbeitswelt über, ich sage es im Vergleich zu allen anderen Kultureinrichtungen und Kulturstätten die wir hier in der Stadt haben, das Einzige das wir vorzeigen können, neben den kleinen Vereinen Röd@ und AKKU. Aber die einzige Spielstätte die internationales Format hat, die auch mit Personal ausgestattet ist und hervorragende Veranstaltungen macht. Mir hat dieser Zeitungsartikel vom Kollegen Mayrhofer irrsinnig weh getan und der Kollege Klausberger hat es auch schon angesprochen mit dem Zitat „Schüler werden hingekarrt“. Ich denke mir das Problem in der Kulturdiskussion das wir haben ist es, wenn wir es mit dem Tourismusargument verbinden. Kultur und Tourismus können Synergien haben, müssen sie aber nicht haben. Das Museum Arbeitswelt zeigt, dass es sie gibt, aber dass sie sie nicht haben müssen. Wir haben sehr, sehr wichtige Diskussionen, sehr wichtige Themen sind im Museum Arbeitswelt aufgegriffen worden, die sonst in der Öffentlichkeit und in der gesellschaftlichen Diskussion in Steyr von niemanden aufgegriffen werden. Die Themen Immigration, das historische Erbe der Industrie in Steyr aber auch das historische Erbe des Judentums z. B. in Steyr ist in vielen Veranstaltungen vom Museum hervorragend aufgearbeitet worden. Ich arbeite beruflich in mehreren Projekten mit dem Museum Arbeitswelt zusammen. Bei einigen EU-Projekten und im kommenden Jahr werde ich sogar drei oder vier größere Kongresse im Museum veranstalten. D. h., das Museum Arbeitswelt ist sehr aktiv. Ich kann es aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, das Museum Arbeitswelt ist ein hoch professioneller Partner, der nicht nur diese kleinen sichtbaren Synergien für die Stadt bringt, wo man jetzt vielleicht sagen kann, da sind 20, 30, 400, 500 Besucher im Museum Arbeitswelt, sondern alle die mit dem Museum Arbeitswelt zusammen arbeiten, und ich sehe Vertreter von der Fachhochschule hier im Gemeinderat, aber auch andere, die wissen, wie viele Kongressteilnehmer z. B. im Jahr nach Steyr kommen und im Museum ihre Kongresse abhalten. Das kann und muss fortgesetzt werden. Aber wenn man das will, muss man dem Museum Arbeitswelt auch die personellen Ressourcen und die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Alle Fraktionen sitzen im Aufsichtsrat oder im Vereinsvorstand des Museums Arbeitswelt ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Andy, ich habe gerade erklärt, dass das nicht stimmt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... außer du, sorry. Aber wenn ich mir deine Wortmeldung anhöre, denke ich mir, wenn du auch nicht 100%ig hinter dem Museum Arbeitswelt stehen kannst, dann macht es höchstwahrscheinlich eh nicht viel Sinn, dass du das Museum Arbeitswelt auch in einem Vereinsvorstand vertreten sollst. Aber alle die im Vereinsvorstand aktiv mitarbeiten wissen welche Ziele das Museum Arbeitswelt in den kommenden Jahren hat, wo die Richtung hingeht und die wissen auch, dass es im kommenden Jahr einen Umbau gibt, der finanziert ist. Nicht mit diesen Mitteln die wir im Budget haben, sondern mit anderen Mitteln die zugesichert worden sind von Sponsoren, Stadt und Land. Dieses Argument das der Gerhard Klausberger schon verwendet hat, ist glaube ich ganz, ganz wichtig. Im Kulturbereich ist unsere Stadt wirklich nicht gesegnet von vielen Einrichtungen. Wenn wir jetzt beginnen Kultureinrichtungen gegenseitig aufzurechnen, dann haben wir wirklich ein großes Problem. Wir brauchen mehr Sicherheit für die Kultureinrichtungen, wir brauchen mehr Geld für die Kultur, wir müssen das Niveau heben und nicht senken. Darum verstehe ich auch die Worte des Kulturausschussvorsitzenden, der sich eigentlich für die Kultur einsetzen müsste, überhaupt nicht, denn speziell ihm ist bekannt, wie die Budgetsituation ist, seit Jahren, und dann nicht 100%ig hinter dem Museum Arbeitswelt zu stehen ist nicht nachvollziehbar. Vielleicht sollte sich die ÖVP speziell zu einer gemeinsamen Meinung durchringen, denn einerseits in den Medien zu akklamieren wir

brauchen das Museum Arbeitswelt nicht, ich habe mir jetzt angeschaut, wer da aller geklopft hat, wie der Kollege Mayrhofer das verkündet hat. Ich sehe hier eine Stimmung im Gemeinderat, auf der rechten Seite, die eindeutig gegen das Museum Arbeitswelt ist, dann sagt es bitte auch ehrlich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Redner ist GR Hackl.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn gespart werden muss, wenn das Geld weniger wird, kommen stets zwei Gesellschaftsbereiche besonders in den Fokus und das ist einmal der Sozialbereich und das ist der Kulturbereich. Warum das so ist, ist grundsätzlich leicht erklärt, weil sowohl im Sozialbereich als auch im Kulturbereich gibt es viele Positionen und Leistungen die nicht oder nur schwer messbar und somit für den Außenstehenden auch qualifizierbar sind. Wenn wir heute wieder einmal über das Museum Arbeitswelt diskutieren bzw. die erhöhten Fördergelder die wir heute hier für diese Einrichtung beschließen sollen, dann treten zum einen jene auf den Plan denen das Museum Arbeitswelt immer schon ein Dorn im Auge gewesen ist, das muss man wirklich einmal offen sagen, und dazu gesellen sich aber auch jene, die meinen wir brauchen gar kein Museum Arbeitswelt. Also, Veranstaltungszentrum ja, als Museum nein, hat sich der Baustadtrat Gunter Mayrhofer geäußert in den Medien, der, und das ist ja heute schon gefallen, als Tourismusverantwortlicher ja ein virulentes Interesse haben müsste ein Museum in Steyr von dieser Qualität zu halten, der wissen müsste oder zumindest sensibler sein müsste für die sogenannten Soft-Fakts die für die Attraktivität einer Stadt eine nicht unwesentliche Rolle spielen und zu denen natürlich ein modernes Museum auch zählt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch zum Glück viele, die das Museum Arbeitswelt befürworten, die dafür sprechen und zwar für den Schwerpunkt als Museum und nur als zweites Standbein die Funktion als Veranstaltungszentrum sehen. Die Befürworter haben so das Handicap, und da kehre ich wieder zur aktuellen Diskussion zurück, dass das Museum Arbeitswelt natürlich Geld kostet, der Stadt viel Geld kostet, und dass dieses Geld natürlich in budgetären Ängsten oder Nöten immer schwierig aufzutreiben ist. Diesem Handicap stehen allerdings auch viele Argumente gegenüber die den hohen Wert dieser musealen Einrichtung hervorstreichen. Die Wichtigkeit dieser Institution im kulturellen Leben der Stadt, wir haben das heute ja schon von mehreren Rednern gehört, aber auch des Landes OÖ, das steht außer Frage. Es gibt aber auch den hohen Stellenwert und das Renommee zu bewerten, dass das Museum Arbeitswelt nicht nur österreichweit sondern weit darüber hinaus besitzt, und dass man sich durch jahrelange sehr professionelle und engagierte Arbeit erworben hat. Wenn man will, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, kann man für jedes Argument ein Gegenargument finden. Wenn man will, kann man das Museum Arbeitswelt zur wertlosen, Fördergeld verschlingenden Einrichtung hochstilisieren. Wenn man will kann man aber auch den enormen kulturellen Wert, den dieses Museum für die Stadt besitzt, erkennen und entsprechend würdigen und bewerten. Und wenn man will, kann man auch sehen, dass das Museum Arbeitswelt die einzige museale Einrichtung in Steyr ist, der es immer wieder bravourös gelingt, öffentliches Interesse zu wecken und speziell die Schulen und somit die Jugendlichen für Kultur und für das Museum zu interessieren. Diese Vorzüge, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind allerdings nicht in Euro und Cent messbar, das ist richtig, diese Vorzügen schlagen sich nicht in tollen finanziellen Einnahmen zu Buche und daher bleibt das Problem Fördergeld bestehen, darum kommen wir nicht herum, daher heißt es wirklich Farbe bekennen. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, dass das Museum Arbeitswelt auch in Zukunft nicht nur als Veranstaltungszentrum sondern auch als attraktives und lebendiges Museum erhalten bleiben soll. Wir sehen dabei aber auch die Bemühungen der Vereinsleitung und des Vorstandes um Reduzierung der Kosten als durchaus notwendig und positiv und werden daher, der für diesen Betrieb sehr notwendigen zusätzlichen Förderung, zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster Redner ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist nicht das erste Mal in meinem Leben, dass über meine Meinung jemand enttäuscht ist, dass über meine Meinung einfach jemand schockiert ist. Hätte ich das immer bis ins tiefste Herz hinein gelassen, dann könnte ich in Steyr nicht ÖVP sein, dann müsste ich hier sitzen. Wenn man will, Herr GR Hackl, könnte man jetzt dasselbe,

was sie gemacht haben, mit dem Stadtmuseum, ich sage es einfach, damit es alle verstehen, mit dem Heimathaus machen. Ich könnte jetzt all die Bemühungen, die mir so im Laufe der 13 Jahre, die ich da herinnen bin, über das Heimathaus oder Stadtmuseum gebracht haben, auch anführen und könnte jetzt immer wieder sagen und dann hat es eine Gruppe gegeben die einfach weniger Geld zugestimmt hat, als wir gebraucht hätten. Ich könnte also jetzt genau dasselbe, was sie uns jetzt vorhalten mit dem Museum Arbeitswelt, erzählen, wenn man will, ich mache es nicht, über das Heimathaus. Ich tu es nicht, weil es unfair ist, weil man einfach Realitäten sehen muss. Die Realitäten sind die, dass wir allen Kulturvereinen, allen Kulturschaffenden in Steyr auf ihre Ansuchen geantwortet haben, das geschieht jetzt, und all denen geschrieben haben, wenn wir beschlossen haben, dass sie weniger bekommen als ihr Ansuchen gefordert hat, dass sie versuchen sollen mit ihrem Geld nun auszukommen, weil wir einfach eine größere Sicht und eine Aufgabe für gesamt Steyr haben. Wenn sie nun sagen, ich will ja das nicht, weil sie es eh so nicht gemeint haben, weil wenn ich das jetzt so analysiere, könnte man sagen, sie haben gesagt, man muss sich überlegen was das Museum Arbeitswelt für Ziele hat. Na, das wissen wir ja! Aber bitte schön, im Nebensatz heißt es, dass die anderen, die auch noch ein Geld brauchen würden, wie das AKKU, weniger Ziele haben oder gar keine Ziele haben. Das stimmt ja so nicht. Ich glaube, wir dürfen einfach jetzt nicht das Aufrechnen anfangen, da gebe ich ihnen auch wieder Recht, aber wir müssen die Realität sehen. Fünf Jahre habe ich eh gekämpft, dass wir zustimmen. Sie haben das eh gespürt, wie ich da gekämpft habe. Aber es muss einmal ein Ende sein, weil es einfach dann zur Gewohnheit wird oder dann natürlich zur Tugend wird. Gewohnheit wird ja dann zur Tugend. Aber ich höre eh schon auf zu philosophieren, weil sonst komme ich da hinein. Aber Tatsache ist bitte schön, dass wir da unterscheiden, das Museum Arbeitswelt brauchen wir. Auch als Museum. Das ist einfach eine ganz große Notwendigkeit und überall dort, wo ich was zu sagen habe, erzähle ich das. Das ist überhaupt keine Frage. Es ist auch klar, dass das Museum Arbeitswelt selber versucht hat durch das zweite Standbein finanziell besser dazustehen. Aber ich glaube einfach, was wir von allen anderen fordern, müssen wir auch vom Museum Arbeitswelt fordern und sagen, hallo, ihr müsst schauen, dass ihr den Weg selbst schafft so wie es der Herr Vizebürgermeister Bremm gesagt hat. Damit das, Herr Vizebürgermeister Bremm, wirklich auch Tatsache wird, dass es ab dem nächsten Jahr nicht mehr geht, müssen wir einmal nein sagen. Wir sagen heute schon „nein“, weil sonst glaubt man es nicht, dass das dann wirklich einmal ein „Nein“ wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bist du jetzt für das Zusperrn oder nicht?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nein, überhaupt nicht!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster Redner ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es legitim ist, dass man unterschiedliche Meinungen vertritt. Ich glaube, sonst würden wir eh nicht in diesem Raum sitzen und nicht zu solchen Anlässen. D. h., vollkommen natürlich. Dass jeder Mensch einen anderen Zugang hat, ist glaube ich auch legitim. Gerade die ÖVP hat beim Museum Arbeitswelt immer, wie es der Engelbert Lengauer gesagt hat, zugestimmt. Zu dir, lieber Kollege Hackl, seit fünf Jahren, zu der Zeit war sogar ich noch abstimmungsberechtigt und habe auch zugestimmt. Ich glaube nur eines ist, wenn man merkt, dass ein Partner, und als solchen haben wir das Museum Arbeitswelt immer auch gesehen, nicht lernfähig ist und nicht wirklich bereit ist sich auch an Spielregeln zu halten und an vorgegebene Rahmen, dann muss man ihm die Rute ins Fenster stellen und darum stehe ich auch zu meiner Aussage, wenn sie nicht lernfähig sind, dann muss man auch diskutieren können über eine Einrichtung. Ein Diskutieren, und so viel seid ihr alle der deutschen Sprache mächtig, heißt nicht wir wollen, dass das Museum Arbeitswelt aufgelöst wird. Wir müssen nur schon eines klar sagen, weil es hat auch geheißen, es wird ja kaum unterstützt, 250.000,-- vom Bund, 109.000,-- ...

Zwischenruf: 250.000,-- waren es bis 2009.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D. h., die Unterstützung für diese Kultureinrichtung ist ja auch da. Auch wir bitte schön haben uns bekannt zu 109.000,-- Euro. Da kann ja niemand sagen, dass uns das nichts wert ist. Wenn ich als Tourismusreferent angesprochen wurde, wenn ich mir anschau, 35.000,-- bekommt das Musikfestival, was einen gewaltigen Stellenwert auch für den Tourismus hat. 109.000,-- bekommt eh

das Museum Arbeitswelt. Nur sind wir der Meinung, das ist im Hinblick auf die Mittel die uns zur Verfügung stehen ausreichend. Wir finden es unfair, wenn man einseitige Bevorzugungen macht. Das hat jetzt nichts mit Aufrechnung zu tun. Es geht dahin, dass alle anderen Kulturschaffenden sich nach der Decke richten müssen nur einen Verein gibt es, der braucht das nicht, weil er bekommt seit fünf Jahren, und jetzt das sechste Mal, ohne Probleme seinen Abgang, den er eh schon ein Jahr vorher weiß, abgedeckt. Egal was wir da herinnen sagen oder nicht, es soll heute mit dem Budget beschlossen werden, wieder einen reduzierten Ansatz von 109.000,-- obwohl das Museum Arbeitswelt einen höheren macht. Na was wird sein? Jetzt hat man gesagt, man spart Personal ein. Die Frau Hesselberger, die in Pension geht, die soll nicht mehr ersetzt werden. Entschuldigung, die habe ich immer arbeiten gesehen, die sitzt an der Kassa, jetzt sitzt dann wahrscheinlich keiner mehr dort oder vielleicht sitzt dann auf einmal die Frau Heger an der Kassa. Ich weiß es nicht. Nur zu sagen, effektiv, ich spare dort wo es eigentlich gar nicht geht und behalte mir bitte schön, Entschuldigung, den Wasserkopf, da bin ich schon der Meinung, wenn das nicht verstanden wird, muss man diskutieren können und wo, wenn nicht da im Gemeinderat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster ist Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ums Lernen ist es gegangen. Kollege Mayrhofer hat das Museum angesprochen und hat gesagt, sie lernen nicht von dem was wir ihnen gesagt haben was sie lernen sollen. Sie haben aber leider nicht gesagt was sie hätten lernen sollen. Das ist ja relativ unklar geblieben. Sie sprechen von einem Wasserkopf, sie sprechen von Personen die scheinbar nichts arbeiten, die scheinbar zu wenig machen. Wer ist der Wasserkopf? Ist es die pädagogische Abteilung, die Programme für Schulen entwickelt und die von vielen Schulen, und nicht nur von jenen 15- und 16-jährigen die jetzt von PISA untersucht worden sind, sondern von vielen Volksschulen, von den 6- bis 10-jährigen, von den vielen Hauptschulen, von vielen Berufsschulen, von vielen Gymnasien besucht werden? Ich nehme einmal an, dass auch ihre Kinder schon bei einem Schulbesuch im Museum Arbeitswelt dabei waren. Dieser Bereich ist stark steigend. Es gibt mehr Angebote, es gibt mehr Projekte und es gibt spannendere Ansätze die sich ständig auch weiter entwickeln. Wer beim Museum Arbeitswelt mitarbeitet, weiß das auch. Also, die pädagogische Abteilung infrage zu stellen, ja oder nein, das wäre schon einmal interessant. Oder ist es die Geschäftsführung? Oder ist es derjenige, der mehrere EU-Projekte betreut und so EU-Gelder nach Steyr bringt? Ist es der? Ich weiß es nicht. Wen sprechen sie an? Die Personen, die derzeit im Museum Arbeitswelt arbeiten, das gehört da auch einmal gesagt, arbeiten hoch professionell, bringen viel Geld nach Steyr, bringen hohe Bildungsangebote für die Schulen nach Steyr und unterstützen viele andere Projekte die auch im außerschulischen Bereich angesiedelt sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich möchte auch noch erwähnen, dass das Museum Arbeitswelt für die Stadt Steyr natürlich auch identitätsstiftend ist und dass das für mich eine große Bedeutung hat, dass diese Einrichtung für Steyr bestehen bleibt. Jeder Zweifler, glaube ich, muss nach dieser Diskussion ganz klar erkennen, dass das einfach so ist und dass das in Zukunft eine große Bedeutung hat, auch unter dem Aspekt, dass sich ja die Stadt Linz erst vor kurzem um die Europäische Kulturhauptstadt beworben hat und die auch mit uns gemeinsam, unter Umständen, das ist noch nicht ganz sicher, zusammen arbeiten möchte. Da kann ich mir auch keine bessere Einrichtung als das Museum Arbeitswelt als Partner vorstellen.
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist schon sehr viel gesagt worden, aber ein bisschen was sollte man doch noch dazu sagen. Ich finde wirklich, wenn ich schon von einer Schweinerei rede, dann rede ich von einer Schweinerei dieses Aufrechnen, das gegeneinander Aufhetzen, was da wirklich passiert und was auch ein Teil meiner Vorredner gesagt haben. So kann man nicht Kultur in Steyr machen. Das ist das eine. Das andere ist, dass das Museum als solches, ich glaube da kennen sich einige nicht recht wirklich aus was Museum heißt, eines der modernsten Museen in Österreich darstellt. Nicht wie ein Stadtrat da gesagt hat das ist ein „Pemperlmuseum“, sondern dass hier wirklich hervorragende Arbeit im Bildungsbereich geleistet wird und das auch entsprechend vom Bundesministerium honoriert wird

durch die Mittel die wir vom Bundesministerium für Unterricht dafür bekommen. Ein paar Zahlen dazu, die heute so genannt worden sind. Von Freistadt bis Fürstenfeld und von Innsbruck bis Wien insgesamt 96 Schulen wurden im Jahr 2004 ins Museum Arbeitswelt gekarrt, wenn man schon so sagen will. Ich denke an sich, das ist eine Zahl, die muss erst einmal eine Einrichtung bringen. Die kommen nicht nur, weil es so lustig ist, dass man nach Steyr fährt, sondern weil da wirklich was geboten wird, kommen die Schulen nach Steyr, kommen die Schulen ins Museum Arbeitswelt, um ihre Jugendlichen entsprechend unterrichten und auch mit interessanten Themen arbeiten zu lassen. Ich denke, das ist wirklich eine hervorragende Einrichtung als solches. Dass die Leute nichts lernen, ist auch nicht ganz glaube ich einfach so hinzustellen. Wenn jetzt immer wieder angeführt worden ist, ja die letzten Jahre ist das so gemacht worden, dass sie das immer bekommen haben. Richtig! Sie haben immer 72.400,-- Euro bekommen. Jetzt denke ich einfach nur als Zahlenspiel, haben sie schon jetzt 36.200,-- Euro gelernt, weil sonst wäre der jetzige Nachtragsantrag vom Museum Arbeitswelt 72.000,-- Euro auf die 181.000,-- Euro gewesen, der schlussendlich als erster Antrag da gewesen war. Die 36.200,-- Euro die noch fehlen auf die 181.000,--, die hat nicht irgend ein anderer übernommen, sondern das war sehr wohl das Bemühen des Museums, entsprechende Einsparungspotentiale zu erarbeiten. Auf dem Weg wird auch das Museum weiter gehen und weiter arbeiten um schlussendlich dann doch auf diese Fördersumme zu kommen, die die Stadt sich vorstellt, was man dem Museum, in Anbetracht ihrer budgetären Situation, geben kann. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? FPÖ, ÖVP, Bürgerforum Frech. Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich bitten als nächsten Berichterstatter Herrn StR Wilhelm Hauser um seine Anträge.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Sehr geschätztes Präsidium, geschätzter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates. Vorerst einmal bitte ich gleich um Entschuldigung für meine Stimme, ich hoffe aber trotzdem, dass mich alle verstehen werden. Im ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Bilanz und G&V der Stadtwerke Steyr für das Jahr 2003. Dieses Jahr 2003 war an und für sich das dritte Jahr in Folge mit einem sehr positiven Ergebnis, vielleicht sogar mit dem positivsten Ergebnis. Es hat eine positive Umsatzentwicklung vor allen Dingen in allen Teilbetrieben dieser Stadtwerke gegeben. So sei gesagt, dass es bei der Bestattung plus 9 % gegeben hat, beim Wasserwerk plus 3 %, die Bäder, aufgrund des wirklich wunderbaren Sommers, plus 26 % im Umsatz. D. h., das resultiert daraus, dass wir z. B. 103 Badetage hatten gegenüber dem Jahr 2002, wo wir nur 75 Badetage hatten. Die Kunsteisbahn hatte plus 2 %, Gas plus 8 % und beim Verkehr haben wir plus 4 %. Das ist auch eine sehr angenehme Sache, denn gerade beim Stadtbus gab es eine Steigerung um 4 % im Rahmen der Beförderung und wir haben unser Beförderungsvolumen auf 4,6 Mio. Fahrgäste erhöht. Also, das ist auch schon gewürdigt worden unter anderem auch im Rechnungshofbericht. Es ist also auch hier darauf zurückzuführen, dass es natürlich immer wieder überall die notwendigen Investitionen gibt und dass halt an vielen Verbesserungen hier auch gearbeitet wird. Beim Stadtbus z. B., darum, dass wir neue Busse haben, dass die Verkehrslinien dementsprechend auch überprüft wurden, dass es vor allen Dingen eine Steigerung der Pünktlichkeit wieder gegeben hat, weil es z. B. diese größeren Baustellen im Bereich der Stadt nicht mehr gegeben hat, wie z. B. die Rederbrücke udgl., und dann sieht man automatisch, dass also das öffentliche Verkehrsmittel Stadtbus wieder lieber eingenommen wird.

Man muss dazu sagen, dass wir beim Gas im Jahr 2003 nach diesen Einflüssen aufgrund der Gasliberalisierung entgehen konnten und es trotzdem eine Steigerung von plus 8 % gegeben hat. Aber wie sie in einem weiteren Antrag von mir dann noch hören, wird sich also das im Jahr 2004 verändern bzw. muss es von uns Reaktionen auch hier geben für das Jahr 2005. Die Steigerungen konnten erzielt werden, obwohl es sehr geringe Preissteigerungen nur gegeben hat in zwei Bereichen und dass an und für sich die Produktivität pro Mitarbeiter hier um 3 % erhöht wurde.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ich ersuche sie den beiliegenden Jahresrechnungsabschluss 2003 der Stadtwerke Steyr anzunehmen und zu beschließen. Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt 340.000,-- Euro genehmigt. Ebenso wird den stadtwerteinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt. Ich ersuche diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

5) Stw-53/04 Bilanz und G&V Stadtwerke Steyr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2003 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt 340.000,-- Euro genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, der zuständige Referent für die Stadtwerke, StR Willi Hauser, hat ja soeben zwar heute mit etwas heiserer Stimme, wegen seiner Verkühlung, darauf hingewiesen, dass die Bilanz bzw. die G&V-Rechnungen der Teilbetriebe der Stadtwerke darauf hinweisen, dass auch im Jahre 2003 ein sehr gutes Ergebnis erzielt werden konnte, dieses Ergebnis liegt um 267.000,-- Euro über dem Ergebnis des Vorjahres 2002. Zum einen konnte der Verlust bei den Bädern, der Kunsteisbahn und dem Verkehrsbetrieb gesenkt werden, zum anderen konnte in den Bereichen Bestattung, Kremation, Wasserwerk der Gewinn angehoben werden. Daher war es auch möglich, vonseiten des Wasserwerks, den Bädern einen Verlustersatz von insgesamt 591.000,-- Euro zukommen zu lassen und dennoch muss man hier feststellen, war im Wasserwerk schlussendlich noch ein Gewinn von 824.000,-- Euro zu verbuchen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch keine Tarifierhebung des Wasserbezugs im Jahr 2003. Daher auch, nachdem ähnliche Ergebnisse 2004 zu erwarten sind, unsere Kritik an der Wasserbezugsanhebung, die der GR in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, ab 1. 1. 2005. Im Gasgeschehen, wurde ebenfalls bereits kurz darauf hingewiesen, waren trotz dieser beginnenden Liberalisierungsmaßnahmen noch gute Ergebnisse feststellbar. Dies haben vor allem, das muss man auch dazu sagen, jene Kunden bewirkt, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe 2002 auf Erdgas umgestiegen sind. Dieser noch gute Geschäftsgang hat es ermöglicht einen Betriebskostenzuschuss den Verkehrsbetrieben zukommen zu lassen und zwar in der Höhe von 1.412.483,-- Euro. Heuer aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, und vor allen in den Folgejahren, wird der Rückgang beim Gasverkauf, im Zusammenhang der angesprochenen Liberalisierung, unaufhaltsam sein und diesbezüglich sind zwei besondere Auswirkungen feststellbar und auch sehr deutlich zu bemerken. Zum einen, und das ist heute bei der vorliegenden Erdgaspreiserhöhung dann auch erkennbar, die noch zu beschließen ist, bedauerlicherweise noch zu beschließen ist, das darf ich hier auch noch anführen, weil ja, wie sie alle wissen, die Rohölpreise, gerade in jüngster Vergangenheit, besonders stark gestiegen sind, und diese Rohölpreise bewirken natürlich auch einen Anstieg des Erdgaspreisankaufes vonseiten der Stadtwerke und konnten bis dato, obwohl eine Erhöhung notwendig gewesen wäre, bereits zu einem früheren Zeitpunkt, der Bevölkerung erspart bleiben. Aber jedenfalls ist sehr deutlich erkennbar, dass, wenn sie sich die künftigen Tarife angesehen haben, die kleinen und mittleren Gasbezieher aufgrund dieser Liberalisierung, ich sage es nochmals sehr deutlich, es ermöglichen, dass man den größeren Abnehmern einen günstigeren Preis bieten kann. Das muss ich wirklich mit großem Bedauern hier feststellen. Aber andererseits erhebt sich auch die Frage, wer dann den Abgang im Verkehrsbetrieb übernehmen wird, wenn das Gasgeschäft, und das ist sicher, zurückgehen wird. Wird dann den Verlustersatz der Verkehrsbetriebe die Stadt übernehmen können? Ich glaube nicht. Wird es Leistungsrücknahmen geben? Diese Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden die zuständigen Politiker zu beantworten haben. Die Mitarbeiter der Stadtwerke jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben auch im Jahr 2003 durch ihren großen Einsatz das bewirkt, was heute hier zur Beschlussfassung vorliegt, nämlich ein besonders gutes Ergebnis für das Jahr 2003. Nachdem ich einen Großteil dieses Jahres auch mitverantwortlich war für diese Betriebsergebnisse, möchte ich mich von dieser Stelle aus abschließend bei allen Mitarbeitern der Stadtwerke recht herzlich bedanken und ich darf dich bitten, Kollege Hauser, das den Mitarbeitern so weiter zu geben. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster ist GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, auch wir wünschen natürlich

zuerst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Gutes neues Jahr, wir wünschen ihnen alles Gute, viel Gesundheit und hoffen endlich, dass einmal die Maßnahmen umgesetzt werden und die Ursachenforschung erledigt wird, warum leider so verhältnismäßig viele Krankenstände dort stattfinden wie also die Stadtwerke berichten und wie wir schon ein paar Mal urgiert haben. Die Stadtwerke Steyr als solches haben glaube ich momentan eine sehr schwierige Zeit. Es ist keine Frage, dass es eben erstens so viele Geschäftsfelder gibt und in diesen vielen Geschäftsfeldern sehr unterschiedliche Entwicklungen sich abspielen. Aber nur was mir leider abgeht ist eben genau diese Diskussion um die Zukunft oder über die Zukunft der einzelnen Felder. Es wird da zwar so kryptisch geschrieben auf Seite 43 Punkt 15. „Andeutungen über mögliche Angebote oder Verkäufe von Teilbetrieben der Stadtwerke, wie in anderen Städten schon geschehen, wollen nicht verstummen, wurden aber bisher vom Eigentümer nicht konkret angesprochen.“ Das ist eine sehr kryptische Geschichte, da kann sich einiges dahinter verbergen. Wir wissen offiziell gar nichts und es wäre sehr interessant, wie eigentlich die Führung der Stadtwerke und die Stadt Steyr sich die weitere Entwicklung vorstellt, weil die Liberalisierung des Gasmarktes bringt Verluste von Großkunden, erheblichen Umsatz- und Ergebnismrückgang. Ja, das ist richtig. Der Herr Eichhübl hat gesagt, ja, es ist jetzt so, dass die Kleinen praktisch die Großen da mitfinanzieren. Es ist nur die Frage, lassen sich die Kleinen das auf Dauer gefallen? Ist es Aufgabe der Kleinen, die paar Großen noch zu finanzieren? Oder muss einmal daran gedacht werden den Gasbezug, ich sage nicht das Gaswerk, nicht die Rohre, die sollten wir uns auf alle Fälle behalten, aber wir sind eigentlich, dadurch dass wir die Großkunden verloren haben, ja ein sehr kleiner Gasbezieher. D. h., jetzt haben wir einen schlechteren Preis, weil wir so klein sind. Jetzt müssen wir, weil wir so klein sind, den schlechteren Preis, den teureren Preis den Kleinen weiterverrechnen.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Wenn man es verkauft wird das anders?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Wenn es ein Großbezieher hat, ich weiß es nicht. Aber diese Diskussion fehlt mir eigentlich. Die Liberalisierung im Verkehrsbereich ist nur als Zielrichtung beschlossen. Verkehrsleistungen sind auszuschreiben. Ja, was heißt das? Ich meine, dieser Amtsbericht, diese Interpretationen der Direktion sind mir teilweise nicht egal. Weil dann steht: „Zur Sicherstellung der Kundenzufriedenheit werden ab 2004 in allen Geschäftsfeldern Qualitätsmessungen eingeführt und berichtet.“ Ja, das ist im letzten Jahr auch schon drinnen gestanden. Es gibt bis heute keine Parameter, es gibt bis heute keine klare Regelung was ist denn dann die Qualität die gemessen werden soll. Woran kann man sie messen und was sind die Messpunkte, die Messlatten? Da gibt es bis heute gar nichts. Es klingt ganz gut und schön wenn man das da hinein schreibt, aber es ist eigentlich nur die halbe Wahrheit die da drinnen steht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

GR Roswitha Großalber kommt um 10.40 Uhr in die Sitzung.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ja, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, also erstens freut es mich, dass der Dank an die Mitarbeiter der Stadtwerke ausgesprochen wird und offensichtlich doch allen dieser Geschäftsbericht gut gefällt, aber ohne Kritik geht es halt nicht und das ist mir auch klar. Ich meine, man muss schon dazu sagen, man spricht jetzt davon, dass die Liberalisierung des Gases sich auswirken wird. Das wissen wir alle miteinander und wir haben auch in vielen Bereichen darauf reagiert. Wir haben unterschiedlichste Maßnahmen auch schon durchgeführt, die im Verwaltungsausschuss beschlossen wurden und die letztlich auch da und dort im Gemeinderat zur Beschlussfassung gekommen sind. Es ist so, dass also wir derzeit noch in einer Situation sind, dass es nicht so ist wie der Herr Hack es sagt, dass wir kleinere Gasmengen als früher abnehmen. Wir nehmen die gleichen Gasmengen derzeit noch ab als wie wir sie vorher auch hatten. Das Fernheizwerk z. B., das schon weggehen wollte, ist nach wie vor bei uns, obwohl uns alle immer gesagt haben, dass alle Großkunden weglaufen werden. Es sind halt doch sehr viele noch bei uns. Gott sei Dank sage ich dazu. Und Gott sei Dank ist es so, dass wir also hier intern auch verschiedene Maßnahmen getroffen haben, auch mit Zustimmung des Eigentümers, dass wir hier auch weiterhin wettbewerbsfähig sein können am Markt. Wie lange das noch gut gehen wird ist eine andere Geschichte. Das Interessante ist nur, dass uns jeder immer erzählt, dass sich wer anderer um die Kleinen kümmern soll. Aber es ist noch kein Einziger von diesen Großlieferanten an einen Kleinen herantreten und hat gesagt, ich möchte die gerne liefern. Da muss ich schon dazu sagen, wenn

unser Gaswerk, um diese Frage zu beantworten, wenn wir also hergehen würden und offensiv unser Gaswerk verkaufen würden, dann gibt es noch wen anderen, der die Arbeit dann macht, den kleinen Anbietern das zu geben, aber es braucht sich keiner einbilden, dass das billiger oder günstiger wird. Im Gegenteil. Das 2. was dazu kommt ist, und das finde ich ja überhaupt am besten, die Leitungen sollen wir uns behalten, die Servicearbeiten für diese Dinge dürfen wir auch machen nur liefern dürfen wir dann nichts mehr. Und letztlich die Gewinne bleiben beim Gasunternehmer und nicht mehr bei uns. Dann frage ich: „Na wer wird denn dann den öffentlichen Verkehr subventionieren?“ Die zweite Geschichte die dazu kommt ist, wenn also davon gesprochen wird, dass es zukünftig dazu kommen könnte, dass es zu einer Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs kommt, dann werden wir uns zwar in der Diskussion durchaus vorbereiten müssen was werden wir dann tun, aber das 1. wird sein, dass wir uns halt dann, wie es bei den Liberalisierungen vorgeschrieben ist, dafür entscheiden müssen, dass wir sagen okay, lassen wir unseren eigenen öffentlichen Verkehr auf und alle anderen sollen sich darum bewerben, oder werden wir sozusagen auch Anbieter als Eigene im Rahmen der Ausschreibung und nehmen daher dann nicht nur die Stadt Steyr dazu, sondern alle umliegenden Gemeinden auch. D. h., hier gibt es also viele Wege die in Wirklichkeit offen sind. Und für das, dass sich die Direktion hier Gedanken macht, und auch wenn es dort und da vielleicht kryptisch klingen mag, etwas hineinschreibt wo sie sich schon darüber Gedanken machen, aber weil es noch keine konkreten Vorgaben oder Gesetzessituationen gibt in diesem Ding, kann es auch noch keine konkreten Überlegungen geben wie man dann darauf reagieren wird. In diesem Sinne ersuche ich den Geschäftsbericht zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mein nächster Antrag beschäftigt sich mit den Städt. Verkehrsbetrieben. Hier geht es um die sogenannte Anpassung der Haustarife an die Tarife des ÖÖVV. Wie sie ja wissen, sind wir ja mittlerweile Mitglied des ÖÖVV und unsere Tarife lehnen sich bzw. sind gleichlautend mit denen des ÖÖVV. Dieser ÖÖVV hat nun mit 1. 1. 2005 seine Tarife angehoben und wir haben also sogenannte drei Haustarife noch bei uns in den Verkehrsbetrieben. Der eine beschäftigt sich mit der Monatskarte für Senioren und der andere für 2-Jahreskarten-Modelle. Eines das übertragbar ist und das andere, das nicht übertragbar ist. Hier geht es also darum, dass diese Monatsnetzkarte um 2,86 %, also um 80 Cent, erhöht werden soll. Die Jahresnetzkarte, die übertragbar ist, ebenfalls um 2,38 % bzw. um 8 Euro und die Jahresnetzkarte mit Foto, also das ist jene, die nicht übertragbar ist, um 2,5 % bzw. 8 Euro erhöht werden soll. Ich ersuche sie dieser Anpassung der Haustarife zuzustimmen und ersuche diesen Antrag abzustimmen.

6) Stw-96/04 Städt. Verkehrsbetrieb; Anpassung der Haustarife an die Tarife des ÖÖVV mit 1. 1. 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 24. 11. 2004 und des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ wird der Anpassung der neuen Beförderungspreise für den städt. Verkehrsbetrieb entsprechend des in der Beilage übermittelten Tarifauszuges mit Wirksamkeit zum 1. 1. 2005 zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mir liegt eine Wortmeldung vor. Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, haben ja nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir jenen Tarifierhebungen, obwohl sie sehr bedauerlich immer wieder sind für jene die sie zu bezahlen haben, aber dennoch die Zustimmung geben, wenn sie nachvollziehbar sind. Ich darf schon anmerken, gerade was diesen Erhöhungsantrag betrifft, es so war, dass man keine Möglichkeit gehabt hat darüber zu diskutieren, denn dieser Antrag ist sehr überraschend in den letzten Ausschuss hereingebracht worden, unter welcher Begründung auch immer. Ich glaube, dass man Zeit genug gehabt hätte, um diesen Antrag rechtzeitig dem Verwaltungsausschuss zuzuleiten, um auch eine Diskussion zu ermöglichen. Natürlich kann man jetzt sagen, nachdem die Stadtwerke Mitglied des ÖÖVV sind, ist es erforderlich die Tarife an diesen anzupassen. Allerdings ist da keine zwingende Notwendigkeit vorhanden, das

muss man auch sehr deutlich sagen. Daher, wie gesagt, hätte man sich schon überlegen sollen, ist es sinnvoll die von Herrn StR angekündigten Bereiche entsprechend mit den dazugehörigen Prozentsätzen anzuheben um möglichst mehr Fahrgäste zu lukrieren. Ob das möglich sein wird, stelle ich infrage. Wie gesagt, abschließend nochmals, ich hätte mir schon vorgestellt, dass dieser Antrag rechtzeitig in den Verwaltungsausschuss eingebracht worden wäre. Ich darf nur in Erinnerung rufen, wir haben drei Mal insgesamt, zumindest drei Mal, über die Bestattungstarife geredet. Das war auch nicht notwendig, dass man so lange darüber diskutiert hat, aber das war halt so. Eben mit der Begründung, ich erinnere mich, nachdem der Kollege Oppl mir gegenüber sitzt und mich genau anschaut, dass er das gut gefunden hat, dass man so ausreichend diskutiert hat. Ich darf nochmals sagen, das ist bei diesem Antrag nicht der Fall gewesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen gibt es keine. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja, lieber Roman Eichhübl, das hat damit zu tun, dass wir also erst sehr spät die Verständigung bekommen haben, und da war leider Gottes die Einladung schon draußen, dass also der OÖVV seine Tarife angehoben hat. Ich möchte dazu Folgendes noch bemerken. Wir haben uns erstens einmal bei der Arbeiterkammer erkundigt wie es aussieht bezüglich der Erhöhungen. Wenn halt dann die Rückmeldung der Arbeiterkammer letztlich auch lautet, dass Erhöhungen die über 5 % ausfallen würden keine Zustimmung erlangen, und d. h., wenn wir also jetzt nicht anpassen würden, den Tarifen die der OÖVV hat, und beim nächsten Mal kommen wir dann drauf, dass wir jetzt wieder zwei, drei Jahr nichts gemacht haben und dann würde die Erhöhung um das Doppelte oder noch höher ausfallen, dann würde 1. die Diskussion hier im Gemeinderat überschwappen und andererseits dürften wir es in dieser Höhe gar nicht durchführen. Der Grund eben warum wir es nicht länger diskutieren konnten ist das, dass wir die Verständigung, dass die Preise im OÖVV erhöht wurden, erst so spät erhalten haben und deshalb wurde es als Erweiterungsantrag in den letzten Verwaltungsausschuss eingebracht und im Verwaltungsausschuss selbst war die Möglichkeit zur Diskussion vorhanden.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich komme nun zu jenem Antrag, den wir vorher schon erwähnt haben. Es geht also um die Gaspreiserhöhung per 1. 1. 2005. Und zwar begründet es sich vor allen Dingen in der Erhöhung des gestiegenen Gaseinkaufspreises. Unsere letzte Gaspreiserhöhung, die also von den Gaswerken sozusagen, wenn man das so sagen möchte, verschuldet wurde, war, dass im Jahr 2002 der Gaspreis um 2,88 % abgesenkt wurde. Letztes Jahr, am 1. 1. 2004, mussten wir erhöhen aufgrund der 50%igen Energiesteuererhöhung beim Gas. Da haben wir aber nur diese 50 %, sozusagen die letztlich hier vorgeschrieben wurden, aufgeschlagen. Im Laufe des Jahres 2004, das haben sie selbst am Energiemarkt erlebt wie sich also der Ölpreis entwickelt hat, und wir stehen derzeit über 50 Dollar pro Barrel. Die Kalkulationsgrundlage aber für unseren Gaspreis ist zwischen 26 und 28 Dollar gelegen. Wir haben lediglich ein großes Glück gehabt, durch die Hochkonjunktur sozusagen des Euros ist bei uns Gott sei Dank auch diese Erhöhung aufgrund des Dollarpreises nicht gänzlich zur Wirkung gekommen. Trotzdem ist es so, dass wir gegenüber dem Durchschnittswert, den wir früher hatten, eine Preissteigerung um 14 % gehabt haben. Durch die an und für sich günstigen Einkaufsbedingungen im ersten Halbjahr, haben wir es also geschafft letztlich auch dieses gesamte Jahr jetzt durchzutauchen und das über die Runden zu bringen. Nun, die OÖ Ferngas hat bereits ihren Preis erhöht und der Heizölpreis liegt im Herbst nun bei über 20 % gegenüber dem Vorjahr. Das 2., was hier noch zum Wirken kommt, ist so, dass also laut der E-Control ab dem Jahr 2005 die Rechnungslegung auf die Verrechnungseinheit Kilowattstunden umgelegt werden muss und wir hatten vorher Kubikmeter. Außerdem, und das haben wir im Verwaltungsausschuss vorher schon besprochen und auch beschlossen, ist aufgrund vieler Kundenwünsche die Abrechnung auf den Monatsmodus wieder mit 1. 1. 2005 umgestellt. Einerseits deswegen, weil viele Kunden die Situation haben, dass sie sagen sie schaffen es nicht immer sich das Geld so lange zusammenzusparen, dass sie ¼ jährlich zahlen können und wenn sie also unsere Forderungen anschauen, die wir auch gerichtlich einklagen müssen, dann ist das sicherlich, hoffen wir alle, gemeinsam ein Ansporn dafür, dass also die Zahlungsmoral wieder etwas ansteigt. Diese Dinge finden natürlich auch ihren Niederschlag in der Preisbildung für 2005 und die

Staffelberechnung wird letztlich auch umgesetzt. Es heißt also daher, dass es zu einem echten Staffelpreis kommt und die Abnehmer sozusagen hier aufgrund dieser Staffeln die sie durchlaufen abgerechnet werden. Die vorgeschlagene Preiserhöhung beträgt im Durchschnitt ca. 4,7 %, wobei die Staffeln wo es kleinere Mengenabnahmen gibt also etwas stärker ansteigen also dort, wo es größere Mengen gibt. Der Preis für die reinen Netzkunden, das sind jene, die heute schon von anderen Gaslieferanten beliefert werden und wo sozusagen nur die Netzbenutzungsgebühr verlangt wird, die bleibt gleich. Außerdem haben wir auch noch Kunden mit Sonderverträgen, dort wird also der Preis um ca. 6 % angehoben. Es ist also so, dass wir letztlich auch vorgelagert Zahlungen leisten müssen und die Einnahmen von etwa 100.000,-- nun einer Forderung für die Netzkosten von 300.000,-- gegenüberstehen, die die E-Control bei uns eingeklagt hat. Wie dieses Verfahren ausgehen wird, werden wir sehen. Wir haben also hier schon mit Rechtsanwälten in Wien, die auf diesem Gebiet sehr fit sind, Verbindung aufgenommen und bekämpfen diese Forderung in dieser Größenordnung. Aufgrund des Amtsberichtes ersuche ich nun der Umstellung der Rechnungslegung auf die Verrechnungseinheit KWH, der Umstellung auf Monatsabrechnung, eines Staffelpreises in allen Elementen, der Einführung einer Zählerablesegebühr und der Preiserhöhung entsprechend der Anlage mit Wirksamkeitsbeginn 1. 1. 2005 zuzustimmen.

7) Stw-95/04 Erdgaspreiserhöhung per 1. 1. 2005 aufgrund gestiegener Gaseinkaufspreise.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 19. 11. 2004 wird der Umstellung der Rechnungslegung auf die Verrechnungseinheit KWH, der Umstellung auf Monatsabrechnung, eines Staffelpreises in allen Elementen, der Einführung einer Zählerablesegebühr und der Preiserhöhung entsprechend der Anlage mit Wirksamkeitsbeginn 01. 01. 2005 zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, letzter Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nun zu jenem Antrag der zuerst auch schon vom Herrn Eichhübl zitiert wurde, die Neustrukturierung und die Anhebung der Bestattungstarife bei der Städt. Bestattung ab dem 1. 1. 2005. Hier ist es also einerseits darum gegangen, dass wir seit 1999 keine Tarifierhöhung mehr durchgeführt haben und es an und für sich so ist, dass wir eine derzeitige Anhebung von 4,7 % vorschlagen und außerdem die Abschaffung der Bestattungsklassen A, B und C bei den Erdbestattungen. Hier gab es auch eine Beratung, dreimalig sozusagen, wenn man das so schön sagen möchte, im Rahmen des Verwaltungsausschusses und es ist zur Einigung gekommen. In der Anlage finden sie auch den Entwurf der einzelnen Bestattungstarife. Dem Herrn Kollegen Eichhübl darf ich noch ausrichten, dass die von ihm verlangten Büromöbel bereits bestellt sind.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Stw-77/04 Städtische Bestattung; Neustrukturierung und Anhebung der Bestattungstarife ab 1. 1. 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 15. 09. 2004 wird der Neustrukturierung und Anhebung der Bestattungstarife entsprechend dem in der Beilage übermittelten Entwurf ab 1. 1. 2005 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Gunter Mayrhofer,

um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium, dem Budget 2005 entsprechend begnüge ich mich mit einem einzigen Antrag, das wird die Norm im nächsten Jahr sein, und darf beginnen mit Zusatzauftrag Kaulichstraße – Aignergründe. Hier geht es um den Bereich Pyrachstraße, einen Regenwasserkanal, wo die Dimension des alten Kanals nicht ausreichend war. Von der bauausführenden Firma Straßenbau & Pflasterbau und Lang & Menhofer wurde das Angebot mit 13.480,36 Euro gestellt. Ich ersuche um rückwirkende Genehmigung.

9) BauStr-22/02 Zusatzauftrag Kaulichstraße – Aignergründe; Bereich Pyrachstraße bis Lilienhofweg – Regenwasserkanal; Vergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III FA Tiefbau vom 8. 1. 2004 wird der Vergabe des Zusatzauftrages Kaulichstraße – Regenwasserkanal an die ARGE Asphaltierung Steyr 2003 bestehend aus den Firmen Straßen & Pflasterbau und Lang & Menhofer, Steyr wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag - Regenwasserkanal

Auftragnehmer - ARGE Asphaltierung Steyr 2003

Errichtung/Finanzierung - 2004

Betrag inkl. MWSt. - EUR 13.480,36

Die erforderlichen Mittel sollen in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/611000/771010 (Landesstraßen Kapitaltransferzahlungen – Werndlstraße) auf VSt. 5/612000/002430 (Straßenbau Pyrach – Reichenschwall) freigegeben werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter. Jetzt machen wir eine halbe Stunde Pause.

PAUSE VON 10.50 UHR BIS 11.35 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich ersuche nun unseren Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Vertreter der Presse. Ich komme zu meinem ersten Antrag. Hier geht es um die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr für das Jahr 2005. Da geht es eigentlich um einen Antrag, wo einem Auftrag der Landesregierung nachgekommen wird und wir dieser Kanalbenützungsgebührenverordnung in der Stadt Steyr auch nachkommen um sie diesem Landeserlass auch anzupassen. Ich möchte aber gleichzeitig zu diesem Thema einen Zusatzantrag bringen. Im Zusatzantrag geht es um das Thema Kanalbenützungsgebühr für überdachte oder offene befestigte Flächen. Bei diesem Antrag ist natürlich eine Änderung vorgesehen gegenüber der früheren Vorgangsweise. Wir lehnen uns aber bei dieser Kanalbenützungsgebühr an die Vorgangsweise in anderen Städten, wie Linz, Wels oder Klagenfurt, an, sodass in Zukunft für versiegelte Flächen die größer sind als 100 m² ebenfalls Kanalbenützungsgebühr eingehoben wird und zwar in der Höhe von 40 % des normal vorgeschriebenen Betrages. Ich bitte auch diesem Zusatzantrag zuzustimmen. Ihr habt diesen Zusatzantrag vorliegen, er ist gerade ausgeteilt worden. Ich bitte um Zustimmung.

10) GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr für das Jahr 2005.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 18. November 2004

wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2005 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Zusatzantrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 23. November 2004 wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2005 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich wiederhole mich jetzt, wenn ich auch hier und heute wieder feststelle, dass in dieser neuen Funktionsperiode des Gemeinderates, die ja nunmehr etwas mehr als ein Jahr andauert, es kaum eine Sitzung gegeben hat, in der nicht Tarif oder Gebührenanhebungen beschlossen worden sind. Ich wiederhole mich aber auch, wenn ich sage, dass wir durchaus bereit waren Tarifierhebungen die Zustimmung zu geben, wenn sie eben nachvollziehbare Begründungen beinhaltet haben. So schmerzlich sie auch für jene sind, die sie zu bezahlen haben. Bei diesem Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es aber für uns nicht nachvollziehbar, denn es steht da sehr deutlich in diesem Antrag drinnen, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr am 26. 11. 1998 einen Vorausbeschluss gefasst hat bis in das Jahr 2004, diese Kanalbenützungsgebühr um jeweils 0,11 Euro, ohne die 10%ige Steuer, anzuheben. Also über eine Funktionsperiode des Gemeinderates hinaus. Viele von ihnen haben diesen Beschluss nicht mitgetragen. Und zwar nicht deswegen, weil sie etwa so wie ich heute in vorausseilender Pflichterfüllung einen Antrag voraus waren, oder weil sie etwa vergessen hätten so wie in der letzten GR-Sitzung die Hand zu heben, sondern weil viele von ihnen noch nicht in diesem Gemeinderat waren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt bezieht man sich auf die Verordnung, nämlich die Mindesttarifordnung, des Landes OÖ. Bei diesem Vorausbeschluss ist das nicht der Fall gewesen, sondern da hat dieser Gemeinderat, wie gesagt, diese laufenden Erhöhungen über mehrere Jahre beschlossen und wie gesagt, jetzt plötzlich bezieht man sich auf die Mindesttarifordnung des Landes OÖ. Und es gibt auch gleich einen Zusatzantrag, den der Herr Bürgermeister vorhin erwähnt hat und den wir inzwischen vorgefunden haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden diesem Antrag aus den vorhin genannten Gründen die Zustimmung nicht geben, denn ich darf sie schon daran erinnern, obwohl ich auch immer wieder darauf hingewiesen habe, dass es ein Unterschied ist zwischen der Wasserbezugsgebühr und der Kanalbenützungsgebühr, weil ja von den Bürgern das in einem gesehen wird. Aber Tatsache ist es dennoch, das habe ich auch bei der letzten GR-Sitzung bereits zum Ausdruck gebracht, dass man jetzt ab 1. 1. 2005 für einen Kubikmeter bezogenen Wasser inkl. der 10%igen Steuer 1,32 Euro zu berappen hat und nunmehr ab 1. 1. 2005 auch eine erhöhte Kanalbenützungsgebühr zu bezahlen hat in der Höhe von 2,91 Euro. Das sind immerhin, wenn ich jetzt auf die Einheit ein Kubikmeter Wasser, das ich jetzt aus der Leitung herausnehme und auch entsorgen muss, wird man in Zukunft 4,23 Euro, das sind immerhin 58,20 Schilling zu bezahlen hat. Das glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einfach zu viel. Wir werden daher diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe hier einfach eine

Frage, weil ich das nicht ganz verstehen kann. Ich habe das auch jetzt erst so bekommen. Es steht jetzt hier: "Einkaufszentren, Firmen und Wohnungsgesellschaften, also jene Wirtschaftstreibende". Gut. Dann steht unten: „Für Flächen unter 100 m² entfällt die Entrichtung der Benützungsgebühr.“ Wie ist das, wenn bei uns als Wohnungseigentümer am Tabor, ich bin dort der Vertreter der Wohnungseigentümer, ich habe nun die Frage: „Wird nun die Parkfläche für unsere Wohnungsgesellschaften in der Gesamtheit berechnet, müssen wir dann 40 % bezahlen oder sind wir den Hausbesitzern und jenen gleichgestellt wo man dann sagt unter 100 m² entfällt die Entrichtung? Denn wenn ich jetzt unsere Parkfläche durch 403 Eigentümer dividiere, komme ich nie auf die 100 m², weil es ja jeder Einzelne gekauft und bezahlt hat. Wie wird das nun geregelt? Das ist einfach eine Verständnisfrage. Wenn es nicht auf die einzelnen Eigentümer hingerechnet wird muss ich sagen, das ist eine ganz brutale Erhöhung unserer Beträge. Darum gehört das bitte einfach erklärt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hingerl.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Vertreter der Presse, der öffentlichen Medien, werte Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates, ich möchte hier vor allem zu dem Teil Brauchwasserflächen und befestigte Flächen kurz Stellung nehmen, da das sehr von der Gebührensseite kommt. Ich glaube aber, man sollten den ökologischen positiven Aspekt dieser Angelegenheit nicht unbedingt übersehen.

Derzeit richtet sich die Kanalbenützungsgebühr nach der verbrauchten Frischwassermenge, also dem Trinkwasser, und ist in besonderen Fällen mit Variationen wie z. B. mit Abschlägen versehen.

Die Ableitung von Brauchwasser und Niederschlagswasser über die Ortskanalisation sowie die Reinigung dieser Wässer in der zentralen Kläranlage bringen ja Kosten mit sich, die derzeit von den Frischwasserbeziehern und der Allgemeinheit und nicht vom Einbringer bezahlt werden.

Dies ist unter dem Aspekt der steigenden Energiepreise und Entsorgungskosten, z. B. auch für Klärschlamm, zunehmend als problematisch anzusehen und nicht nachvollziehbar, dass dieses von der Allgemeinheit und nicht von den Einbringern bezahlt wird.

Daher entschließen sich viele Gemeinden und Gebietskörperschaften, und nun auch die Stadt Steyr, zu einer problemorientierten Kanalbenützungsgebühr, d. h. eine Abrechnung nach den tatsächlich anfallenden Abwassermengen.

Das bedeutet, dass der Schmutzwasseranteil weiterhin nach der verbrauchten Frischwassermenge, der Brauchwasser- und der Niederschlagswasseranteil, nach den Flächen die Größenordnung mit 100 m² gedeckelt sind, sich zu orientieren haben.

Auch angrenzende Städte unserer Nachbarländer, und nicht nur Wels, wie hier angeführt, wie z. B. auch die Zweiflüssestadt Passau, verfügen bereits über ähnliche Regulierungen.

Die Spaltung der Abwassergebühr bewirkt aber nicht nur eine gerechtere Verteilung der effektiven Entsorgungskosten auf die Einleiter, sondern sie hat auch einen wesentlichen Umweltschutzaspekt, ich möchte das einfach einen „Ökologischen Nebeneffekt“ nennen.

Die neue Regelung bietet einen ganz besonderen Anreiz, weniger Niederschlagswasser auf dem eigenen Grundstück zur Versickerung zu bringen - das wäre vielleicht auch ein Thema für den Tabor - das bewirkt eine Entsiegelung von befestigten Flächen, dann fällt das gar nicht an.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Heißt es das, dass wir das auf alle Fälle bezahlen müssen?

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Wenn ein ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das ist ein Angriff gegen alle Wohnungseigentümer.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Entschuldigung Herr GR Lengauer, ich glaube, dass eine Deckelung mit 100 m² für die einzelnen

Bewohner eine durchaus vertretbare Sache ist, da ja hier dann keine Kosten anfallen werden. Bitte, das war ein bisschen falsch verstanden, denke ich.

Gehen wir noch weiter auf die positiven Eigenschaften ein. Der Eintrag von unverschmutztem Niederschlagswasser in den Untergrund und die positiven Auswirkungen auf unser Wasserschutz- und Schongebiet sind ja ein wesentlicher Vorteil.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt, der nicht direkt hervorkommt, ist die Verminderung der Niederschlagswassermenge in den städtischen Kanälen, weniger Spitzenabfluss z. B. auch in der Kläranlage, zusätzlich Kapazitätssteigerung bei den bestehenden Kanälen und evt. auch geringere Investitionskosten für große Regenwasserspeicher.

Ich möchte daher in Summe die überwiegenden Vorteile der Einführung einer verbrauchsorientierten Kanalbenutzungsgebühr für Brauchwasser und befestigte Flächen, ab einer gewissen Größenordnung unter Berücksichtigung des tatsächlichen Frisch-, Brauch- und Niederschlagswasseranteiles noch einmal in den Vordergrund stellen und möchte dazu sagen, dass die Vorteile hier hauptsächlich sind eine gerechtere Besteuerung, eine Reduktion der Neubaukosten, eine Verbesserung der Stadteinnahmen und vor allem, das ist bitte nicht unter zu betrachten, ein ökologisch verbesserter Grundwasserschutz. Ich danke vielmals.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir diskutieren hier über eine Cashcow der Stadt. D. h., das ist nicht ein Bereich wo wir als Stadt darzulegen haben, wo es also dringendst notwendig ist, dass wir Tarifanpassungen machen, sondern wir wollen damit Gewinn lukrieren den wir für andere Bereich der Stadt benötigen. Das muss einmal klar sein. Dieser Antrag ist nicht gedeckt durch das OÖ-Raumordnungsgesetz und ist auch nicht gedeckt durch das Baurecht. Es betrifft jeden einzelnen Mieter weil bei jeder Wohnanlage sind versiegelte Flächen dabei die versorgt werden über das öffentliche Kanalnetz. Bis vor Kurzem haben gerade wir bitte verlangt, dass diese Stellplätze versiegelt werden. Wir haben es in der Bauverhandlung vorgeschrieben. Erst in den letzten zwei, drei Jahren haben wir gesagt, größere Flächen sollen nicht mehr versiegelt werden. Der größte Einbringer in das Kanalnetz sind nicht die Stellflächen, sondern sind selbstverständlich die großen versiegelten Flächen der Straßen, der öffentlichen Straßen. Ich glaube, es hat sich auch noch niemand überlegt, was es bedeutet, was ist mit einer Privatstraße. Wir haben einige Privatstraßen in Steyr. Eine Privatstraße wird als solche versiegelte Fläche genommen. D. h., der bezahlt für das, dass wir es ihm nicht in das öffentliche Gut übernehmen, dann auch noch den Straßenzuschlag und sagt, und für das, dass ich mir jetzt selbst Schnee räumen muss, selbst die Straße herrichten muss, für das verlangt ihr jetzt auch noch eine erhöhte Kanalgebühr. Wir sind alle mitgegangen, wie es geheißen hat wir machen in fünf Jahresschritten eine Anhebung auf das Level Oberösterreichs. Das ist ein Ausscheren von der Vorgangsweise. Das bedeutet zusätzliche Kosten für jeden Einzelnen. Nicht für Wirtschaftstreibende, für jeden Bürger von Steyr. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man dem wirklich zustimmt. Wir machen es mit Sicherheit nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu dem Zusatzantrag, ich glaube schon, dass das gerechtfertigt ist, dass man befestigte Flächen die am Kanalnetz angeschlossen sind und dort Abwasser entstehen, dass diese auch bei der Kanalbenutzungsgebühr mitzahlen sollen. Ich möchte aber schon eines hinzufügen, dass es nicht in diesem Sinne ist und nicht so sein kann und nicht so sein wird, dass wir Wohnungsgenossenschaften, wo ja der Dir. Lengauer das angeschnitten hat, was passiert jetzt mit den Wohnungsgenossenschaften die Wohnblöcke stehen haben, was weiß ich, 30 Mieter in dem Haus haben und Stellflächen über 100 m² hinaus sind. Diese Häuser sind dabei nicht gedacht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber die müssen es bezahlen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die müssen es nicht bezahlen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Selbstverständlich, weil es ist nicht einem Einzelnen eine Fläche zuzuordnen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Lieber Kollege Mayrhofer das ist so zu bezahlen wie wir das beschließen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein, weil dann hält die ganze Geschichte sowieso nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die Überlegung, der Sinn und der Zweck ist dabei, wo große Flächen im Einzelbesitz sind oder z. B. vermietet werden, da würde mir ein Bereich schnell einfallen, die im Einzeleigentum sind, die befestigt sind und an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind, dass diese dafür bezahlen. Sonst würde das ja eine Ungleichbehandlung sein, wenn wir die Mieter aus den Wohnungsgenossenschaften, wo der Einzelne ja bei Weitem nicht in die 100 m² hineinfällt. Das wäre eine Ungleichbehandlung. So kann es nicht sein und so ist das auch nicht gedacht und so wird es auch nicht kommen. Sondern nur einzelne große Flächen, befestigte Flächen, die sollen dort unter diese Kanalbenutzungsgebühr hineinfallen. So ist der Beschluss und der Antrag gedacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Vertreter der Presse, liebe Kollegen im Gemeinderat. Dieser Amtsvorschlag ist für mich sehr, sehr ungenau. Das hat überhaupt nichts mit Exaktheit zu tun. Kollege Lengauer hat schon gesagt, es geht nicht daraus hervor die Wohnblöcke, die Wohnhäuser, die Siedlungshäuser, dort sind es Eigentumswohnungen, wo jeder Einzelne Besitzer ist. Was ist mit den Einfamilienhäusern mit 100 m²? Ich habe vom Kollegen Hingerl gehört, Brauchwasser vom Dach geht alles in den Kanal. Es ist uns vorgeschrieben worden, wie ich den Kanal bekommen habe, unbedingt in den Kanal, nicht mehr in den Garten versickern lassen. Mit Terrasse, mit Einfahrt und Dach habe ich über 100 m², also zahle ich persönlich und X andere Siedler. Es steht nichts drinnen, dass die ausgenommen sind. Es ist nur die Grenze 100 m². Wenn heute eine Parkfläche größer ist, vielleicht mit anderen Zufahrten, Kellerabfahrten in Wohnhäuser, mit der Dachfläche kommt dann auch vielleicht pro Kopf 100 m² heraus. Also, der Amtsvorschlag ist meiner Meinung nach ein Musterbeispiel von Nichtexaktheit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, inhaltlich möchte ich auf diesen Antrag gar nicht eingehen, sondern ich möchte gemäß der Geschäftsordnung den Antrag stellen, diesen Zusatzantrag von der Tagesordnung, nicht nur von der Tagesordnung wegzunehmen, sondern überhaupt fallen zu lassen und zwar deshalb, weil er meines Erachtens nicht rechtsgültig beschlossen werden kann. Es ist nämlich kein Zusatzantrag in dem Sinn, dass er den Hauptantrag erweitert, sondern es geht darum, dass wir hier eine Novellierung der Kanalbenutzungsgebühr vornehmen. Eine Novellierung der Kanalbenutzungsgebühr aufgrund einer zusätzlichen Formulierung zu einem Antrag der heute zum Thema Gebührenordnung auf der Tagesordnung steht und der nichts mit der Gebührenordnung an sich zu tun hat, dafür kann der Gemeinderat ja gar keinen gültigen Beschluss fassen. D. h., im Endeffekt ist es ziemlich egal, sie können das gerne beschließen, nur es wird nicht halten. Es ist rechtswidrig. Ganz einfach. Herr Magistratsdirektor ich würde sie bitten ihre rechtliche Stellungnahme dazu abzugeben, damit die Gemeinderäte auch sicher gehen können, ob sie hier was tatsächlich rechtsgültig beschließen, weil der Gemeinderat sollte doch nicht etwas beschließen, was nicht rechtlich in Ordnung ist. Unabhängig von der rechtlichen Situation her, dass man eine Novellierung nicht beschließen kann, einfach so, indem man einen Zusatzantrag formuliert, sondern, dass das wirklich auf der

Tagesordnung der Sitzung steht, möchte ich schon eines festhalten. Irgendwie bin ich ja fast froh darüber, wenn sie solche Aktionen setzen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, weil es macht deutlich, wie in diesem Hause inzwischen mit uns Mandataren umgegangen wird. Dass sogar eine Novellierung einer Gebührenordnung, dass eine Verordnung gemacht wird, nicht indem man einen Tagesordnungspunkt hat, nicht indem man wenigstens zu Beginn der Sitzung das mitbekommt, nicht vor der Pause, sondern genau 2 Minuten bevor die Debatte beginnt, bekommt man einen Zettel in die Hand, wo man entscheiden soll, und das ist ja nicht irgendetwas, ob man dafür ist, dass pro Jahr die Anzahl der Quadratmeter mit 2,65 Euro und einem Abschlagsfaktor von 0,4 zu multiplizieren ist und mit Flächen bei weniger als 100 m² entfällt die Entrichtung. Ja, ich möchte wissen welcher Mandatar jetzt Zeit gehabt hat, sich sachlich damit auseinander zu setzen ob die 2,65 Euro gerechtfertigt sind oder nicht, ob dieser Abschlagsfaktor von 0,4 sinnvoll ist oder nicht. Vor allem wissen wir gar nicht, was das an Mehreinnahmen bringt. Dessen ungeachtet, das eine ist das Rechtliche, ich gehe davon aus, dass es nicht rechtsgültig beschlossen werden kann, aber unabhängig vom rechtlichen ist es wirklich ein Witz, wenn ich heute eine Novellierung beschließe einer Kanalbenutzungsgebührenordnung und einen Zettel, der schnell 2 Minuten vorher hereinflattert. Aber es spiegelt einfach das wider, was derzeit im Haus passiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es steht jetzt ein Antrag zur Geschäftsordnung, Absetzung des Antrages. Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wobei Absetzung von der Tagesordnung geht gar nicht, weil er war gar nicht auf der Tagesordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Na ja, einen Zusatzantrag müssen wir ja zurückziehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, zurückziehen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er liegt ja da. Aber jeder Fraktion steht eine Wortmeldung zu.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Zusatzantrag würde ich auch vorschlagen, wobei man das im Wesentlichen schon auch einmal beschließen sollte, aber um das zu konkretisieren, dass wir das auch im Beschluss dann genau festhalten, welche Flächen hier gemeint sind, sind wir dafür, dass wir den Zusatzantrag zurückziehen, für die Jänner-GR-Sitzung das aufbereiten, damit da ganz klar hervorgeht, welcher Beschluss gefasst wird, der Hauptantrag aber heute beschlossen werden soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. ÖVP bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, es wird von uns begrüßt, dass das von der Tagesordnung abgesetzt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zurückgezogen!

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

... zurückgezogen wird. Es wäre eigentlich in einem Ausschuss zu behandeln. Die Vorgehensweise, dass man uns das wirklich vor die Nase knallt ist höchst bedenklich. Ich möchte schon sagen, dass es eigentlich vorab in einem Ausschuss bereits zu behandeln gewesen wäre. Es wäre wirklich gut, wenn man das Ganze an einen Ausschuss weiterleiten würde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Grüne bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich habe mich zwar zuerst schon zu Wort gemeldet,

aber leider Gottes ist es nicht erkannt worden. Im Grunde genommen ist eh die Vorgangsweise, wie es der Kollege Vzbgm. Bremm vorgeschlagen hat, die einzig richtige, weil wie man in der Diskussion merkt, und die Diskussion geht jetzt vielleicht 10 Minuten, aber was da an Fragen aufgetaucht sind, lässt schon den Schluss zu, dass das zuerst einmal in einem Ausschuss geklärt werden muss, bevor wir da jetzt ruck zuck was beschließen, was immense Auswirkungen vielleicht hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium, ich habe an und für sich ja bereits eine grundsätzliche Stellungnahme für die Freiheitliche GR-Fraktion abgegeben, ich möchte hier nur nochmals deponieren, dass es an sich ja tatsächlich keine richtige Vorgangsweise ist, wenn man mit solchen Anträgen überraschend den Gemeinderat beschäftigt, weil man einfach nicht erwarten kann, dass man in dieser kurzen Zeit alle diese Umstände, die dabei zutage treten, berücksichtigen kann. Das Zurückziehen dieses Antrages bedeutet für mich, dass ja auch, wie ich vermute, die Budgetzahlen nun wieder geändert werden müssen, denn gleichzeitig mit der Vorlage dieses Antrages ist ja auch der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2005 jeden zugeordnet worden, der hier im Saale sitzt. Also, ich nehme an, ich möchte ja nur behilflich sein, man wird auch das Zahlenwerk ändern müssen, was mich auch nicht wundert. Aber ich werde ja dann noch zu meiner Ausführung zum Budget darauf hinweisen, wie oft dass man diese Zahlen geändert hat und trotzdem nichts Gescheites zusammengebracht hat. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Nächste ist die Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, ja, dass der Antrag jetzt zurückgezogen wird ist, denke ich mir, ohnedies sonnenklar, nachdem er juristisch nicht hält. Ich würde nur eines bitten, Herr Kollege Bremm, dass die Formulierung so lautet, dass dieser Zusatzantrag, der Inhalt dieses Zusatzantrages weitergeleitet wird an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss in die nächste Sitzung und dann erst in den Gemeinderat gelangt und nicht gleich wieder in den Gemeinderat, sondern dass wir wirklich ausreichend Zeit haben, sich mit der Materie zu beschäftigen. Also, Zuweisung an den Ausschuss und in weiterer Folge Weiterleitung an den Gemeinderat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussion hat ergeben, und das ist für uns auch ganz klar, dass noch einige rechtliche Fragen zu klären sind und ich ziehe deshalb diesen Zusatzantrag zurück. Ich bitte um die Abstimmung des Hauptantrages.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn der Bürgermeister den Zusatzantrag zurückzieht brauchen wir über diesen nicht abstimmen, aber wir werden ihn selbstverständlich zuweisen an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, damit wir dort darüber diskutieren können.

Gibt es zum Hauptantrag noch eine Wortmeldung. Wenn das nicht der Fall ist kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 5 ÖVP, Grüne. Ist jemand dagegen? 4 (3 FPÖ und Bürgerforum Frech). Stimmenthaltung? 1 ÖVP (GR Hack). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich darf nun unseren Finanzreferenten um seine Budgetrede bitten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Geschätzte Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates, verehrte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien.

„Das Erstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen“, hat ein amerikanischer Finanzpolitiker einmal gesagt. Nun ich hoffe, dass sich beim Budget 2005 die Enttäuschungen in Grenzen halten, denn wir haben alles daran gesetzt, einen ausgewogenen und ökonomisch effizienten Haushaltsplan für das kommende Jahr zu erstellen.

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es war keine leichte Aufgabe, das Zahlenwerk für 2005 aufzubauen und deshalb bedanke ich mich bei allen, die daran mitgearbeitet haben, speziell bei Herrn Finanzdirektor Mag. Helmut Lemmerer und seinem Team.

Zwei Punkte sind es hauptsächlich, die uns bei der Erstellung des Budgets 2005 das Leben schwer gemacht haben.

1) Die Landestransfers belasten die Stadt immer stärker: Bis zum heurigen Jahr ist das Minus bei den Landestransfers schon auf 11,4 Millionen Euro angewachsen. Im nächsten Jahr wird diese Summe weiter auf 12 Millionen Euro ansteigen. Wie man deutlich sieht, geht die Schere immer weiter zu unseren Ungunsten auf.

2) Die Ertragsanteile des Bundes werden geringer. Während im Jahr 2003 der Anteil der Bundesabgaben-Ertragsanteile noch 37,5 Prozent betrug, hat sich diese Einnahme-Quelle schon im Jahr 2004 auf nur noch 35,7 Prozent reduziert. Im Jahr 2005 sinkt der Anteil der Bundesabgaben-Ertragsanteile auf 33 Prozent. Der zusätzliche Ausgleich in Höhe von 2,68 Millionen Euro, den wir als Statutarstadt nun mit Verspätung für die Aufgaben der Bezirksverwaltung bekommen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Als Finanzreferent der Stadt Steyr sehe ich es deshalb als meine Pflicht an, Bund und Land aufzufordern, bei ihren Entscheidungen auch die Finanzsituation der Kommunen mit zu berücksichtigen. Es darf kein Sanieren auf Kosten der schwächsten Körperschaftsebene der Gemeinden geben. Während wir als Stadt unsere Hausaufgaben ordentlich erledigt haben, benutzen Bund und Land uns offenbar dazu, ihre Haushalte zu sanieren. Gegen diese Vorgehensweise protestiere ich aufs Schärfste.

Ich kann ihnen aber garantieren, meine Damen und Herren, dass wir in Steyr nichts kaputt sparen werden, wir werden die Belastungen auf alle Bereiche maßvoll verteilen.

Das jetzt zu Ende gehende Steyrer Finanz-Jahr 2004 war geprägt von einem Großbauvorhaben; dem neuen Alten- und Pflegeheim in Münchenholz. Wir werden dieses Haus am 16. Dezember offiziell eröffnen. An die 70 Seniorinnen und Senioren sind schon vom Altenheim Tabor ins neue APM übersiedelt. Ihre Reaktionen sind äußerst positiv. Ich bin überzeugt, dass uns mit dem neuen APM ein modernes Sozialzentrum gelungen ist, das voll den Bedürfnissen der älteren Generation entspricht.

Im kommenden Jahr werden wir beim Budget den Rotstift in erster Linie im Bereich der Personalkosten ansetzen. Konkret heißt das, dass die Kosten für Personal um 160.000,-- Euro gegenüber dem Amtsentwurf reduziert worden sind. Die Kosten für Sach-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand werden gegenüber dem Vorjahr ebenfalls reduziert.

Der Budgetentwurf für das Jahr 2005 wird so gestaltet, dass auch im kommenden Jahr die Kontinuität gewahrt bleibt. Das bedeutet unter anderem, dass wir sämtliche im Laufen befindliche Projekte finanziell bedecken können.

Ich will sie, meine Damen und Herren, nicht lange mit Zahlen behelligen, darum möchte ich nur einige Eckdaten des Voranschlags 2005 präsentieren. Für dieses Zahlenwerk sind ein ordentlicher Haushalt von 86,22 Millionen Euro und ein außerordentlicher Haushalt von 11,50 Millionen Euro berechnet worden. Das ergibt einen gesamten Budget-Rahmen von 97,77 Millionen Euro. Der Schuldenstand wird laut Berechnung Ende des Jahres 2005 73,39 Millionen Euro betragen, das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.866,-- Euro. Die Summe der Rücklagen beträgt 1,92 Millionen Euro.

Die größten Ausgaben für das Jahr 2005: Für Straßen- und Brückenbau sind 1,7 Millionen Euro vorgesehen, für den Kanalbau 1,5 Millionen Euro, für den Ausbau des Reithoffer-Gebäudes 1 Million Euro, für die Altenheime 820.000,-- Euro und für die Wirtschaftsförderung 644.000,-- Euro.

Der Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 2005, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, stellt die finanzielle Plan-Grundlage der Stadt für das nächste Jahr dar.

Das umfangreiche Zahlenwerk ist daher der finanzielle Leitfaden, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem – davon bin ich überzeugt kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.

Deshalb darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvorschlag, in Form des Abänderungsantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen.

11) Fin-100/04 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2005 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 88.129.600,-- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 12.828.300,-- ausgeglichen – im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind – festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt. Weiters werden genehmigt:

- a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voran Schlages“.
- b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 16.959.800,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von EURO 2.422.300,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträge in Höhe von insgesamt EURO 6.910.000,--, der Investitionsplan des Alten und Pflegeheimes Tabor mit EURO 145.345,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Münichholz mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 4.624.430,--, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke
500 v. H.

Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2005

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/2004, Mag.Le/ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 18. 11. 2004, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2005 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 88.129.600,-- mit EURO 86.217.100,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 12.828.300,-- mit EURO 11.503.300,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voran Schlages für das Rechnungsjahr 2005 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlags für das Rechnungsjahr 2005 bleiben unverändert. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Ich glaube, wir gehen wieder so wie gehabt vor, dass jede Gemeinderatsfraktion ihre Wortmeldung dazu abgibt.

Ich darf den Herrn Vizebürgermeister dazu bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wertige Presse, wertige Gäste. Schön, dass wir wenigstens eine Tradition beibehalten, dass die Fraktionen ihre Stellungnahmen dazu abgeben. Wie unser Bürgermeister gesagt hat, er hofft, dass sich die Enttäuschung in Richtung Budget in Grenzen hält, ich glaube, das ist eine Frage der Erwartungshaltung, die man gehabt hat. Wenn man das laufende Jahr so Revue passieren lässt und sich die diversen Gemeinderatssitzungen in Erinnerung ruft, dann ist eigentlich das Zahlenwerk, das heute zur Beschlussfassung vorliegt, keine Überraschung und es brauchen die Enttäuschungen nicht zu groß sein, die Realität holt uns halt ein. Was man vielleicht im Laufe des heurigen oder auch im vergangenen Jahr noch nicht so geglaubt hat, dass die finanzielle Situation in Steyr äußerst angespannt ist – so wie in vielen anderen Kommunen und Städten. Ich habe erst diese Woche mit einem Kollegen in Großraming gesprochen, wie es denen bei der Budgeterstellung geht, da hat er gesagt, dem Gemeinderat in Großraming geht es bei der Budgeterstellung gut, weil sie nämlich das Budget nicht mehr erstellen, sondern der Bezirkshauptmann tut das für sie, weil sie nämlich auch eine Abgangsgemeinde sind und entsprechend dem OÖ Landesgesetz, wenn Abgangsgemeinden nicht mehr in der Lage sind, einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen, dann übernimmt der Bezirkshauptmann die Aufgabe und der erstellt das Budget. Da kann ich nur sagen, Gott sei Dank sind wir in Steyr noch in der Situation, dass wir das Budget noch selbst erstellen und dass wir nicht vom Land Experten bekommen, die für uns das erstellen. Wir haben auch im heurigen Jahr, wertige Kolleginnen und Kollegen, nie einen Hehl daraus gemacht und nie irgendwo beschönigt, dass alles in Ordnung ist und das Budget sei super und klasse und wir hätten genügend Spielräume, um unsere Projekte auch zu verwirklichen und zu realisieren. Wir haben – und ich selbst als Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten habe auch schon immer darauf hingewiesen und habe auch versucht, diese Budgetproblematik zu sensibilisieren, damit auch in unserem Bewusstsein ist, dass es eng wird und dass wir Sparmaßnahmen dringend diskutieren und vorsehen müssen. So stellen sich die heutigen Zahlen dar, ich glaube, dass bei niemanden die große Begeisterung ausbricht, nicht beim Bürgermeister, gerade bei ihm als Finanzreferenten am wenigsten. Der Bürgermeister Forstenlechner hat immer gesagt, sein Wunsch wäre es gewesen, wie er voriges Jahr bei der Direktwahl gewählt worden ist, dass er dann auch in der Stadt vieles mitgestalten kann, dementsprechende Akzente setzen kann. Leider Gottes holt auch ihn die Realität ein, dass halt für viele Dinge, die in den Köpfen vorhanden sind, das notwendige Geld nicht vorhanden ist. Die Ursachen, dass wir uns in einer äußerst angespannten Situation befinden, liegen in vielen Bereichen. Aber eines, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, kann man mit Fug und Recht behaupten und das können wir uns insgesamt in Anspruch nehmen, wir haben in Steyr in den letzten Jahren keine Budgetpolitik betrieben, wo wir gesagt hätten, wir haben uns einen Luxus, einen Überfluss, oder sonstige Dinge geleistet, die nicht gescheit gewesen sind, die wir nicht gebraucht hätten. Alle Beschlüsse, die wir gerade bei den großen Projekten gefasst haben, sind großteils einstimmig oder mit großer Mehrheit getätigt worden und ich glaube, dass heute kein Mensch mehr anzweifeln will, dass wir die Stadthalle errichtet haben, dass wir das APM errichtet haben, dass wir die Werndlgründe, Unterhimmler Au gekauft haben, wobei einzelne natürlich manchmal unterschiedlicher Auffassung sind, aber im Wesentlichen sind wir uns darüber einig. Wir waren uns auch darüber einig, dass wir von MAGNA die Wohnungen gekauft haben, dass wir das Reithofer-Areal gekauft haben, also das sind alles Projekte, wo wir riesige Geldbeträge benötigt haben und das schlägt sich natürlich auch in den Budgetzahlen etwas nieder. Die Schere von den Landestransfers geht immer weiter zu unseren Ungunsten auf, auch vom Bund her, obwohl man sagen muss, dass wir in Steyr bei den Finanzausgleichsverhandlungen doch noch halbwegs einen Betrag bekommen, der zwar nicht zufriedenstellend ist, aber es hat schon weit schlechter ausgesehen. Wenn man das längerfristig ins Verhältnis setzt, dann sind wir jetzt am Stand von 2002, also wir bekommen im Finanzausgleich Geld zurück, was wir 2002 schon bekommen haben; und wenn man sich die Teuerungen inzwischen anschaut, was an Kostensteigerungen gewesen ist, bekommen wir in Summe also weniger als es 2002 gewesen ist. Die anderen Ausgaben, Landestransfers, haben wir ja im heurigen Jahr des Öfteren diskutiert, erst beim Nachtragsvoranschlag, den wir vor 14 Tagen beschlossen haben, sind die Zahlen auch dargestellt worden. Man braucht nichts zu beschönigen, wir sind in einer äußerst schwierigen Situation, wir haben das auch 2004 im Budget schon erkannt, wir haben 2004 auch

schon Einsparungen beschlossen, ohne dass hier großartige Debatten darüber geführt wurden, aber ich habe selber in eigenen Ressorts, sei es Schule oder auch im Liegenschaftsbereich, sehr stark verspürt, dass wir dort den Sparstift schon angesetzt haben und es wird aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch für 2005 so sein, dass die Sparmaßnahmen, die hier im Abänderungsantrag vorgeschlagen sind, notwendig sind. Wir haben auch von unserer Fraktion her versucht, doch die sozialen Aspekte zu berücksichtigen, dass wir sparen müssen ist unverzichtbar, dass wir aber dort sparen, wo die Schmerzen noch nicht ganz so groß sind. Der Kollege Mayrhofer wird dann natürlich auch über sein Ressort klagen, verständlich, jeder Referent klagt, wenn in seinem Ressort Sparmaßnahmen eintreten, aber es bleibt ihnen halt nicht erspart, man muss halt Prioritäten setzen. Man muss sagen, was ist das Wichtigste, was ist das Zweitwichtigste und so muss man das herunterbrechen. Verzichtbar ist im Prinzip gar nichts, alle Mittel die angemeldet sind, da ist nichts Übertriebenes dabei, aber wenn man sparen muss, muss man sich irgendwo entscheiden. Wir haben gesagt, also unsere Position ist, dass man eben im Sozialbereich schauen muss, dass man dort die Hausaufgaben macht, dass man dort nicht gravierend hineinschneidet, wobei dort auch etwas gespart wird. Auch bei unserer Sozialreferentin hält sich die Begeisterung in Grenzen. Für 2005 sind eine Reihe von Einsparungsvorschlägen im Abänderungsantrag beinhaltet. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aber heute schon darauf hinweisen – die Zahlen sagen uns das ja und geben uns eine dementsprechende Hausaufgabe für die nächsten Monate, für das nächste Jahr – wir können den ordentlichen Haushalt nur mit Rücklagen abdecken, wir haben im außerordentlichen Haushalt auch eine Erhöhung im Schuldenstand und diese Situation können wir für 2006 sicherlich nicht fortschreiben. Wir werden alle gemeinsam für 2005 eine äußerste Disziplin in der Budgetumsetzung an den Tag legen müssen, wir werden uns bei jeder Kreditüberschreitung – und ich sage das auch in aller Deutlichkeit – hundertmal überlegen müssen, ob wir sie machen oder nicht, da wird es viele und gute Argumente geben, wenn dieser eine oder andere Antrag kommt, also wir werden dort auf die Bremse steigen müssen, das wird so nicht möglich sein. Wie es erst vor wenigen Tagen der Kollege Mayrhofer gesagt hat, wir wollen und können sie nicht zu Tode sparen, die Stadt muss sich weiterhin entwickeln, die Stadt muss leben und wir brauchen auch dementsprechende Impulse; da kann ich mich dem auch anschließen, aber zuerst müssen wir uns die Spielräume dazu schaffen. Nur auf Schulden werden wir diese Politik nicht betreiben können, wir bekennen uns auch dazu, sparsam zu wirtschaften und daher wird es notwendig sein, in den nächsten Monaten auch Strukturdiskussionen zu führen, wo man viele Dinge in Frage stellen muss und wo man dann auch die politische Debatte dazu führen muss, was ist machbar und was ist nicht machbar. Hier wird es auch notwendig sein und da rufe ich heute auch alle anderen Fraktionen dazu auf, wirklich da auch konstruktiv mitzuarbeiten.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe ja nicht gesagt, dass es nicht geschehen ist, ich rufe jetzt ja nur für die Zukunft auf, ich habe jetzt nicht die Vergangenheit beleuchtet, da hat das immer so stattgefunden. Es wird äußerst schwierig sein und wir sehen das ja an vielen praktischen Beispielen, alleine wenn man nur in der Bundesrepublik schaut, wie es einen Großteil der Kommunen, der Gemeinden und der Städte geht, dann glaube ich, sind wir gut beraten vorzeitig und frühzeitig anzufangen, das hier wieder in das rechte Lot zu bringen, also zu schauen, strukturelle Veränderungen herbeizuführen, dass man gewisse Dinge nicht aus den Augen verliert, aber dass man da auch die Weichen dementsprechend stellt. Wenn man nämlich einmal soweit ist, wie viele Städte in der Bundesrepublik, wo alles in Frage gestellt wird, wo dann alles verscherbelt werden muss, wo man Silber und Gold verkaufen muss, ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben ja gar kein Gold!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Na, wir haben schon noch etwas, wir sind noch nicht ganz arm. Eines muss man dazu schon sagen, lieber Kollege Eichhübl, die Entnahme der Rücklagen und das Ansteigen des Schuldenstandes ist ja nicht so passiert, dass das ein verlorener Aufwand gewesen ist, sondern in der Bilanz würde man das so darstellen, dass man sagt, das Anlagevermögen ist ja dementsprechend gestiegen. Wir haben ja Werte in der Stadt geschaffen, wie ich zuerst schon erwähnt habe, und da gäbe es noch eine ganze Reihe von anderen Projekten, wir haben in Liegenschaften, also in Gründe investiert, das ist ja kein verlorener Aufwand, wir haben das halt nur vorfinanziert und die freien Mittel haben wir aber nicht zur Verfügung gehabt, darum haben wir auf die Rücklagen zurückgegriffen und ein Teil ist dann auf zusätzliche Schulden passiert. Also, nicht dass man das Geld verjuxt hätte und einfach mutwillig verbraucht hätte, sondern wir haben damit schon etwas geschaffen. Jetzt ist halt der Zeitpunkt da, wo

man sich alle Ausgaben überlegen muss, wo man schauen muss, dass man die Spielräume wieder bekommt. Wir wissen auch, daraus möchte ich auch keinen Hehl machen und es wird sich in der Budgetdebatte auch noch zeigen, dass wir Sozialdemokraten hier heuer auch eine Hauptverantwortung zu tragen haben. Wahrscheinlich – so wie es sich abzeichnet – werden wir das Budget alleine zu beschließen haben, wir werden es beschließen und wir werden damit auch die Verantwortung übernehmen. Wir haben bei der letzten Wahl gewonnen, die Bürger haben uns ihr Vertrauen gegeben, wir wissen das, wir wollen für das nächste Jahr aber auch die Politik betreiben, dass wir nicht sagen, wir haben eh eine Mehrheit, wir können alles beschließen. Wir wollen da den Weg des Konsenses gehen und wenn wir im nächsten Jahr darüber diskutieren, dann wird es im Protokoll nachzulesen sein und ihr werdet mir alle das Protokoll unter die Nase halten können, wenn es nicht so ist. Ob wir immer einer Meinung sind, das ist etwas anderes, das wird vielleicht in diesen oder jenen Fällen nicht der Fall sein, aber wir werden den Weg des Konsenses bestreiten, wenn wir sagen, wir wollen eine strukturelle Änderung herbeiführen, um unsere Ziele in Zukunft auch realisieren zu können und daher ersuche ich doch auch in der Debatte, das mit zu berücksichtigen. Die Aufforderung, dass wir eine breite Zustimmung zum Budget haben, das wäre nur eine rhetorische Floskel, die kann ich mir ersparen, das brauche ich nicht tun, weil soviel hat man im Vorfeld schon gehört, dass das nicht der Fall sein wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Im Märchen, das haben wir schon als Kinder gehört, muss der böse Wolf viel Kreide fressen, damit man ihm das glaubt, was er transportieren will. Lieber Gerhard, wie viele Kilo Kreide hast du da zu dir genommen, wenn ich mir jetzt das angehört habe, vor allem den Schluss. Entschuldigung, das ist eine bodenlose Sauerei, was hier passiert, das möchte ich einmal ganz deutlich sagen. Einen 8-seitigen Abänderungsantrag kriegen wir jetzt, nach der Pause, auf den Tisch gelegt und sollen binnen ein paar Minuten diese 8 Seiten durchgehen und sagen, ja oder nein. Das ist aber nur symptomatisch, wir haben zuerst gerade auch einen Antrag gehabt, wo dasselbe passiert ist. Das ist ein ganz klarer typischer Fall, ein Symptom für die Vorgangsweise, die hier gewählt wird. Wir sind die Mehrheit, wir machen zwar einen Gemeinderat, machen ein bisschen blabla und dann stimmen wir ab, weil wir sind die Mehrheit. Genauso ist es in der Vorbereitung für dieses Budget passiert. Ich behaupte, dass kein wirkliches Interesse bestanden hat, im Interesse der Bürger von Steyr, einen Konsens herbeizuführen. Wer sich näher mit diesem Budget beschäftigt hat und es sich in Einzelpositionen angeschaut hat, ich habe mir die Mühe gemacht, der bemerkt, dass sehr viele Positionen drinnen sind, die einfach hinten und vorne nicht stimmen. Fragt man dann nach, heißt es, na ja, sie dürfen die Position jetzt nicht als einzelne sehen und annehmen, richtig gestellt wird es dann beim Rechnungsabschluss. Das ist halt ein Budget.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das hat keiner gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Entschuldigung, ist ein Budget eine Grundlage für eine Entscheidung, ja oder nein? Hat ein Budget sorgfältig erstellt zu werden, ja oder nein? Hier haben wir Positionen drinnen, die einfach nicht erklärbar sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zum Beispiel?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich darf das Beispiel dann auch ausführen. Der Kollege Bremm hat gesagt, wir müssen sparen. Da bin ich vollkommen bei ihm, bereits seit einigen Jahren sagen wir, es muss gespart werden. Nur das was wir jetzt vorgelegt haben, ist ein typischer Fall. Wir sparen bei Dingen die wir brauchen, um uns Dinge leisten zu können die wir nicht brauchen. Wenn ich mir anschau, dass es in diesem Budget Positionen gibt, die eklatant ausgerissen sind, in den letzten Perioden; wenn ich mir anschau, weil ich sie auch hier versammelt sehe, die Presseabteilung. Die Presseabteilung – außerordentlicher und ordentlicher Haushalt gemeinsam haben sich von 2002 bis 2005 von € 420.000,-- auf € 650.000,-- erhöht, um € 230.000,-- mehr.

Die elektronische Datenverarbeitung, jeweils immer außerordentlicher und ordentlicher Haushalt gemeinsam, von € 732.000,-- auf € 966.000,--, wieder um € 230.000,-- mehr.

Das Zentralamt von € 678.000,-- auf € 819.000,--, wieder um € 142.000,-- mehr.
Das Hilfsamt von € 1.100.000,-- auf € 1.371.000,--, wieder um € 270.000,-- mehr; alleine diese Positionen betragen € 962.000,--.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Kannst du das auch in Prozent sagen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
In Prozent sind das zwischen 20 und 30 % Steigerung.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
In 10 Jahren!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein, trotz Pisa-Studie müsste man bitte so weit rechnen können, dass zwischen 2002 und 2005 keine 10 Jahre Unterschied drinnen liegen. Ich verstehe da jetzt wirklich keinen Spaß mehr, weil wenn man dann versucht zu eruieren, ich habe ja die Kollegin von der Presseabteilung gesehen, wie sie hinten den Kopf geschüttelt hat, auch ich habe den Kopf geschüttelt, dass bei der Tiefbauabteilung eine Erhöhung der Lohnkosten um € 100.000,-- drinnen gestanden ist. Da habe ich gesagt, was ist jetzt los? Bekommen wir 3 zusätzliche Leute, weil das wäre ungefähr die Größenordnung, warum steht bei Tiefbau plus € 100.000,-- zusätzliche Lohnkosten? Ich habe heute in der Früh den Baudirektor angerufen, und habe gesagt, wissen sie etwas davon, dass wir jetzt zusätzlich 3 Leute bekommen? Da hat er gesagt, nein, bei Gott nicht. Das heißt, symptomatisch, es stimmt nicht. Ich kann auch nicht glauben, dass die Presseabteilung um € 230.000,-- mehr an Aufwand verbraucht, als noch 2002.

Frau GR Monika Freimund verlässt um 12.28 Uhr die Sitzung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Straßenbau – der Kollege Bremm hat es ja schon angesprochen – nur ich werde mich nicht aufregen, ich möchte es nur anführen, ein Bild davon kann sich jeder selber machen. Gemeindestraßen, das ist jenes, wofür wir zuständig sind; wir haben von 1993 bis 2003, in diesen 10 Jahren insgesamt eine Reduktion von über 40 % gehabt. Wir haben 2003, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt, ein Budget von € 4.584.000,-- für Gemeindestraßen gehabt.
2005, die Streichungsorgie jetzt mit eingerechnet, € 2.270.000,--, eine effektive Halbierung des Budgets. Das heißt, zuerst schon eine 40%ige Kürzung, obwohl wir jetzt um 40 Kilometer mehr Straßen haben und dann noch eine effektive Halbierung. Das heißt, wir bekommen für die Straßen allerdings auch BZ-Mittel vom Land, das sind € 1.450.000,--. Die Stadt gibt effektiv für ihre Straßen, für die Gemeindestraßen € 820.000,-- aus, mehr nicht. Jeder möge sich selbst ein Urteil bilden. Entschuldigung, der Vollständigkeit halber, selbstverständlich ist das nicht mit mir abgesprochen gewesen, aber auch nicht mit dem Baudirektor, weil mit dem habe ich heute in der Früh auch gesprochen, ob er eine Ahnung hat, ob er mitentscheiden konnte, oder ob er wenigstens Ratschläge über eine Prioritätenreihung erteilen konnte. Das ist natürlich nicht passiert. Ich kann nur meiner Fraktion empfehlen, nach dieser Runde der Fraktionen, aufzustehen und den Gemeinderatssaal zu verlassen, so kann man ein Budget nicht beschließen. Ich fordere vor allem die Machthaber, das sage ich bewusst so, in diesem „Rothaus“ auf, vernünftig zu arbeiten und ein gemeinsames Budget zu machen und sich nicht auf nächstes Jahr vertrösten zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Kupfer oder Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Bei der Gemeinderatssitzung, wo es um das Budget geht, eine wichtige Angelegenheit für das kommende Jahr, habe ich es selten so erlebt, dass der Budgetvoranschlag vom Herrn Bürgermeister so leidenschaftslos vorgetragen worden ist wie heute, auch in der Kürze. Ich erinnere mich zurück, Altbürgermeister Leithenmayr hat die Budgetverhandlungen immer auch genutzt, nicht nur notwendige Einsparungen oder die eine oder andere Reform zu präsentieren, sondern auch zu signalisieren, wo sich die Stadt hinentwickelt, wo die Ziele der Stadt für das kommende Jahr sind. Das hat mir heute gefehlt, mir ist nichts aufgefallen, was so die großen Projekte im kommenden Jahr sind, wo die großen Reformen sind. Die Budgeteckdaten sind nicht rosig, das wissen wir alle, aber einfach

zu sagen, es geht uns so schlecht und wir können keine neuen Projekte beginnen, wir können keine Zielformulierung für die Zukunft machen, das ist uns zu wenig. Die Budgetverhandlungen, die geführt worden sind, wie ich auch die Informationen aus den anderen Fraktionen bekommen habe, sind so, dass keiner Mehrkosten verlangt hat, dass keiner gesagt hat, jetzt muss ein neues Projekt dazu und es haben sich meines Wissens, auch alle dazu bekannt, dass wir gemeinsame Einsparungsziele haben. Wir sind ursprünglich mit einem Abgang im ordentlichen Haushalt von 7 Mio. Euro konfrontiert worden und wir haben uns alle in der ersten Verhandlungsrunde auch dazu bekannt, uns dafür einzusetzen, dass wir von diesem Minus herunter kommen. Es ist dann der Aufruf an die Fraktionen gewesen, sich doch vorzubereiten und ihre Vorschläge einzubringen. Wir haben das gemacht, wir haben intern sehr viel diskutiert, wir haben eine Stellungnahme vorbereitet, ich habe diese Stellungnahme dann auch mit dem Bürgermeister diskutiert. Ich stelle nun fest, es ist überhaupt nichts berücksichtigt worden, was wir gesagt haben, bis auf einen Punkt, das gebe ich zu, aber da könnte ich jetzt natürlich sagen, das sind wir alleine gewesen, aber das waren wir höchstwahrscheinlich nicht, das sind diese minus 15 % bei den Subventionen, denn das hätte höchstwahrscheinlich auch die Sozialdemokratie in ihrer eigenen Fraktion nicht ausgehalten. In ihrem Ausblick auf das Budget für das kommende Jahr, ist es auch ganz wichtig, denke ich mir, auch zurückzublicken, einerseits wie die Budgetverhandlungen grundsätzlich ablaufen und andererseits wie denn die Zusammenarbeit bei uns im Gemeinderat funktioniert. Da möchte ich zwei Punkte herausgreifen, die mir wichtig sind. Ein Budget in vier Wochen zu diskutieren, in insgesamt drei Sitzungen, wo es aber eigentlich nur um die Vorlagen der Finanzdirektion gegangen ist und ob wir jetzt ja oder nein sagen, das ist keine seriöse Budgetpolitik. Wenn man von uns verlangt, über Strukturreformen zu diskutieren, dann bitte ich erstens Vorschläge zu machen, zweitens Vorschläge, die wir machen, auch zu diskutieren. Das ist nicht passiert. Wir haben uns über drei Bereiche unterhalten, Vorschläge, die wir eingebracht haben, sind nicht einmal diskutiert worden, wir sind dann zum Schluss auch nicht zu einem weiteren Gespräch eingeladen worden. Dass überhaupt die 15 % im Subventionsbereich andiskutiert worden sind, spricht Bände. Diese 15 %, wie sie ja alle wissen, hätten ganz stark den Kultur-, Jugend- und Sozialbereich betroffen. Gerade jene Bereiche, die in unserer Stadt immens wichtig sind, die nicht gegen die Stadt arbeiten, oder der Stadt irgendwie das Geld wegnehmen, sondern die für die Stadt arbeiten, die Leistungen erbringen, die die Stadt selber nicht erbringen kann, nicht erbringen will und wir sollten froh sein, dass wir so eine vitale und vielfältige Vereinsszene in Steyr haben. Um so wichtiger ist es auch für die Zukunft, diese Subventionspolitik zu überdenken, jetzt nicht negativ gemeint, sondern auf klare Konzepte zu stellen. Wir sind derzeit dabei, einen Sozialplan zu erstellen, dieser Sozialplan wird uns im kommenden Jahr beschäftigen. Dieser Sozialplan wird die soziale Leitbildentwicklung in unserer Stadt definieren. Hätten wir jetzt diese minus 15 % gemacht, dann hätte ich allen Sozialvereinen gleich empfohlen, sich von diesem Sozialplan zu verabschieden, das wäre nicht seriös. Was ich damit sagen will, -15 % ist Rasenmäher, ist ohne Konzept einfach nicht tragbar. Dasselbe haben wir im Jugendbereich, dasselbe haben wir im Kulturbereich, wo wir auf ein Kulturentwicklungskonzept warten. Alle Mitglieder, alle Kollegen die mit mir im Kulturausschuss sitzen wissen, dass wir da schon sehr lange warten. Alles was sich da jetzt irgendwie anbahnt stimmt nicht positiv. Also, ob wir da so große Vorlagen bekommen, bezweifle ich. Aber ein Kulturentwicklungsplan wäre die Grundlage für Kultursubventionen, dann würden wir uns solche Diskussionen, wie wir heute beim Museum Arbeitswelt gehabt haben, vielleicht ersparen, wenn die Stadt ganz klar sagt, das ist uns wichtig, das ist uns weniger wichtig, das können wir so finanzieren und das können wir vielleicht anders finanzieren. Das war der Sozialbereich, das war der Kulturbereich, das war der Jugendbereich. Im Sportbereich würde ich mir das übrigens auch wünschen, dass wir vielleicht auch hier zu einer Sportentwicklung kommen. Wir haben jetzt seit der letzten GR-Wahl einen Ausschuss für Schule und Sport. Bildung ist auch ein Thema das wir dort diskutieren könnten. Wie geht es weiter mit unseren Schulen, wie geht es weiter mit der sportlichen Entwicklung in unserer Stadt?

Aber zurückzukommen auf die sogenannten und geplanten Strukturreformen die uns ja versprochen worden sind. Sie verlangen heute von uns eine Zustimmung zu einem Budget, wir sollen ihnen einen Vorschuss geben. Zu diesem Budget, und so wie wir bei diesem Budget eingebunden worden sind, können wir eigentlich gar nicht zustimmen. Wie ich den Aussagen vom Kollegen Bremm entnommen habe, legt man auch nicht so großartig viel Wert darauf. Es ist ein Budget der absoluten Mehrheit, es ist ein Budget, das nicht mit der Opposition, vielleicht auch nicht gegen die Opposition, ich würde einmal sagen, ohne Opposition gemacht worden ist. Es interessiert scheinbar niemanden, dass wir uns auch in die Arbeit einbringen. Wer die Ausschussarbeit in den letzten Wochen und Monaten verfolgt hat, der kann sich vielleicht erinnern, dass einerseits viele Ausschusssitzungen nicht stattgefunden haben und dort wo Ausschüsse stattgefunden haben, dass es einerseits sehr frustrierend war, dass wir Vorschläge in Ausschüssen machen, Projekte einbringen, Projekte diskutieren und andererseits auch Ausschusspolitik erleben, wo ich mir denke, da werden gewisse

Sachen nicht ernst genommen. Ein Beispiel, Stadtplanungsausschuss diese Woche. Perfekt vorbereitete Experten die uns neue Projekte, neue Vorgangsweisen im internen Dienst vorschlagen. Der Bürgermeister drängt ständig auf die Zeit, er hat um 4 Uhr die nächste Sitzung. Bei den Budgetverhandlungen haben wir noch darüber diskutiert, und ich glaube auch sehr positiv darüber diskutiert, wie Ausschussarbeit aussehen könnte. Projektvorbereitung, Projektmanagement, Folgekostenrechnung, Bürgerbeteiligung, klare Finanzkonzepte zu machen. Dieser Ausschuss diese Woche hat wieder einmal bewiesen, dass das eigentlich scheinbar nicht das Ziel ist. Vielleicht nicht für heuer, vielleicht fangen wird dann nächstes Jahr an. Heuer und diese Woche war es nicht so. Das aktuelle Beispiel Bürgerbeteiligung Stadtteilprojekt Wehrgraben ist ja da ein ganz gutes Projekt, weil das haben wir nämlich am Dienstag diskutiert und ich möchte das nicht unerwähnt lassen. Nicht weil jetzt der Sprecher der Bürgerinitiative da ist und weil es in den letzten Tagen auch in den Medien diskutiert wurde, sondern weil es für mich ein ganz gutes Beispiel ist, wie mit Bürgermeinungen, wie mit Kreativität in dieser Stadt umgegangen wird. Wenn wir sagen, wir wollen in Zukunft Projektmanagement und Bürgerbeteiligung und alles andere in die Ausschussarbeit einbeziehen, dann denke ich mir ist das Beispiel das wir im Wehrgraben erlebt haben ein ganz gutes Beispiel. Da ist nämlich die Bürgerinitiative nicht an uns herangetreten, hat uns irgendwie gesagt, mit euch möchten wir nichts zu tun haben, wir wollen nicht mit euch zusammenarbeiten, sondern das ist in Zusammenarbeit mit dem Magistrat, mit dem Stadtmarketing, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen und nicht zuletzt mit dem zuständigen Referenten, mit dem Bürgermeister, über Wochen und Monate verhandelt worden. Es sind Zusagen getätigt worden, es sind Versprechen getätigt worden und dass man dann ein modernes Element der Bürgerbeteiligung, das hätte was Neues für uns sein können und es hätte vielleicht nicht einmal 16.000,-- Euro gekostet, aber eine moderne innovative Methode, die vielleicht auch Pilotprojektcharakter für Steyr gehabt hätte, dass man das so kurz vor dem Budget wieder abdreht, wirft einen Schatten auf die Politik des Bürgermeisters, der ja angetreten ist, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Projektmanagement einziehen zu lassen. Ich kann nur eines sagen, „Die Grünen“ sind im Wehrgraben entstanden, „Die Grünen“ sind im Wehrgraben groß geworden, der Wehrgraben ist uns wichtig und wir werden diese Debatte auf keinen Fall zum Anlass nehmen hier nicht aktiv zu sein, sondern ganz im Gegenteil, es wird für uns ein ganz wichtiges Thema sein. Ich bitte dich, David Forstenlechner, ganz persönlich, doch in den kommenden Tagen und Wochen ganz stark mit der Bürgerinitiative zu sprechen und Verhandlungen aufzunehmen, denn was da passiert ist, ist einfach nicht okay. Das war der Bereich Stadtplanung. Da könnte man natürlich auch noch darüber reden, dass im Bereich der Stadtplanung sämtliche Projekte für die zukünftige Entwicklung der Stadt herausgestrichen worden sind. Sei es die Aufstiegshilfe, sei es das Projekt Schiffmeister, sei es ein Grünraumkonzept das wir schon lange fordern, alles rausgestrichen. Spricht man mit den Beamten der Bauabteilung und der Stadtplanung, so großartig motiviert sind die nicht für das kommende Jahr. Speziell in einer Abteilung die die zukünftige Entwicklung einer Stadt planen soll, soll uns das schon zu denken geben, dass gerade jene mit überhaupt keinen Mitteln ausgestattet werden. Aber im Gegenteil, haben wir im außerordentlichen Haushalt doch einige nette Projekte drinnen, die nicht im Stadtplanungsausschuss vorgelegt worden sind und wenn man dann auch mit den zuständigen Beamten redet auch nicht auf ihre große Zustimmung trifft. Wir renovieren nächstes Jahr unser Stadttheater, wir färbeln den Stadtsaal, das ist jetzt scheinbar noch einmal rausgenommen worden, wir errichten den Sportplatz Rennbahn neu. Da möchte ich sagen, es ist wichtig und gut und der gesamte Gemeinderat hat das unterstützt, dass die Stadthalle errichtet worden ist. Ich kann mich erinnern, der Kollege Apfelthaler und ich haben damals bei den Budgetverhandlungen mit dem Bürgermeister diese Standortuntersuchung auch eingefordert und dass da Tempo reinkommt. Für den Sport wurde investiert, ganz wichtig investiert und wir sind alle glücklich, dass es diese Halle gibt. Aber jetzt muss es auch einmal sein, dass eine Prioritätenverschiebung in Richtung Kultur kommt. Ganz konkret spreche ich das Projekt Heimatmuseum und Stadtmuseum an, ein Projekt das wir seit sieben Jahren im Kulturausschuss diskutieren, Konzepte, ich weiß gar nicht wie viel Geld wir schon verblasen haben um Konzepte in Auftrag zu geben und bei den Budgetverhandlungen war nicht einmal bekannt, dass dieses Konzept einerseits fertig ist und war auch nicht bekannt, was ein gewisser Architekt Grünberger für Vorstellungen hat, um das Heimatmuseum wirklich in ein modernes Stadtmuseum umzubauen. Ich sage es hier noch einmal und ich wiederhole mich für manche vielleicht, dieses Museum ist eine wichtige Kultureinrichtung, dieses Museum ist wichtig für das kulturelle Erbe der Stadt Steyr, aber dieses Museum ist besonders wichtig für die Innenstadt. Für die Wirtschaft der Innenstadt könnte es ein wichtiger Frequenzbringer sein, dass auch die Stadt mit einem öffentlichen Gebäude hier Impulse setzt und das Image aufpoliert. Ehrlich gesagt ich schäme mich wenn ich in dieses Museum reingehe. Es könnte eine führende Rolle in der Kulturentwicklung in der Stadt haben. Wenn wir wirklich innovativ sind, und das ist eine strukturelle Reform die wir vorgeschlagen haben, dann könnte man dieses Museum ausgliedern und mit dem Museum Arbeitswelt zusammenführen. Also, auf den Kulturentwicklungsplan warten wir, auf das Stadtmuseum warten wir auch. Es ist nirgends drinnen. Den Wehrgraben habe ich erwähnt. Das könnte man durch

alle Bereiche ziehen. Wir haben uns in den Budgetverhandlungen wirklich reduziert da keine Mehrkosten, keine neuen Projekte einzubringen, sondern bereits versprochene Projekte einzufordern und wir haben ganz klare Vorgaben gemacht, wie eine weitere Zusammenarbeit ausschauen kann. Ich denke mir es ist wichtig, ob es den Willen gibt mit uns zusammenzuarbeiten oder nicht. Ich spreche es ja nicht ab, dass es zwischen den Kollegen und auch dem Bürgermeister und den Grünen z. B. keine gute Gesprächsverhandlung gibt, aber das ist zu wenig. Es geht um die Vorbereitung von Projekten. Wir sind gewählte Gemeinderäte. Im Herbst z. B. sind bei mir drei oder vier Ausschusssitzungen ausgefallen. Da frage ich mich: „Für was bin ich eigentlich hier? Nicht schlecht bezahlt. Ich möchte arbeiten, ich möchte mein Know-how einbringen, ich möchte meine Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern einbringen. Ist das gewünscht oder ist das nicht gewünscht?“ D. h., wir wünschen uns eine professionelle Arbeit in den Ausschüssen, wir wünschen uns eine Vorbereitung des Budgets 2006 ab Jänner 2005 im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, wir fordern eine Prioritätenreihung und klare Konzepte für Projekte im außerordentlichen Haushalt ein. Das ist derzeit nicht erkennbar. Wenn es der Bürgermeister und die SPÖ-Fraktion wünschen, dass wir in Zukunft für die Stadt, und da geht es nicht für die Grünen oder für die ÖVP oder für die FPÖ, sondern, dass wir gemeinsam Projekte für die Stadt weiterentwickeln, dann würde ich auch den Gemeinderat ernst nehmen. Das Budget soll der Gemeinderat beschließen und nicht eine Fraktion alleine. Wenn es wirklich den Wunsch gibt, dann bitte ich um Verhandlungen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, das Verwirrspiel rund um das Budget 2005 hat offensichtlich jetzt sein vorzeitiges Ende dadurch gefunden, dass inzwischen auch die Abänderung zum Abänderungsantrag der SPÖ eingetroffen ist. Kommentarlos, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das haben wir heute mehrmals so erlebt, Abänderungsanträge während der Sitzung einzubringen, ohne dass man den anderen Mandataren die Möglichkeit gibt sich das genau anzusehen. Das ist tatsächlich ein starkes Stück Steyr. Zur Vorgeschichte. Ich überspringe jetzt vorerst die übliche Prozedur der Geschäftsleiterbesprechungen und die Budgetklausur. Laut Amtsbericht und dem bereits gedruckten Voranschlagbuch, dass ich hier bei den Mandataren auch liegen sehe, waren im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben ursprünglich 88.129.600,-- Euro vorgesehen, wobei der Abgang in Höhe von 6.957.600,-- durch eine Rücklagenentnahme erfolgen sollte. Der außerordentliche Haushalt war mit Einnahmen und Ausgaben von 12.823.300,-- Euro vorgesehen. Am 15. 11. war die Ausgangsbasis im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen 77.474.000,-- Euro und bei den Ausgaben 84.431.900,-- Euro. Der Fehlbestand jedoch erstaunlicherweise, obwohl die Summe gesenkt wurde, beträgt nach wie vor, laut diesem Voranschlag, 6.957.600,-- Euro. Eine Ergebnisverbesserung sah vor bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt beim Personalaufwand, beim Schuldendienst, bei Sach-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand, bei Fachhochschule, bei Wissenschaftstage ect., bei Kreditsperre für Subventionen und diversen Ausgaben des Landeserlasses eine insgesamt Summe von 2.165.195,-- Euro einzusparen. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt sollten angehoben werden durch die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr, den Antrag haben wir heute bereits behandelt, und auch um den Bereich auszudehnen der Kanalbenützungsgebühr, was die Parkflächen und Brauchwasser betrifft, der Antrag wurde ja bekanntlich zurückgezogen, sowie der Kommunalsteuer die ebenfalls mit 150.000,-- im Plus bei dieser Vorlage vermerkt wird. Reduziert waren diese Erhöhungen in diesem Vorschlag vom 15. 11. durch den Betrag von 400.000,-- durch diverse Einnahmen laut Landeserlass. Daher im Endeffekt nur, unter Anführungszeichen, um 159.000,-- mehr auf der Einnahmenseite. Jedenfalls konnte dadurch der Fehlbestand reduziert werden und zwar auf eine Summe von 4,6 Mio. rund, ich gehe jetzt nicht auf die genaue Zahl ein, es waren jedenfalls wie gesagt rund 4,6 Mio. Der Herr Bürgermeister hat damals darauf hingewiesen, dass noch strukturelle Einsparungsmaßnahmen fehlen. Der Herr Vzbgm. Bremm hat ebenso, wie vorher bei seiner Budgetrede, darauf hingewiesen, dass ein derartiger Abgang im ordentlichen Haushalt, und da waren wir einer Meinung, nicht zu vertreten ist, und daher weitere Einsparungen notwendig sind. Er hat auch, so wie heute, alle Fraktionen aufgefordert, entsprechend Einsparungsvorschläge einzubringen. Aber was ist denn in Wahrheit daraus geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren? Bei der Fraktionsobmännerbesprechung am 6. 12., das war die letzte Zusammenkunft, vor dieser heutigen Sitzung, wurde zwar ein Vorschlag präsentiert der den Abgang im ordentlichen Haushalt auf 3.235.665,-- Euro reduzierte, es war aber nur deswegen möglich, weil die Stadt, ausgehend von den

Finanzausgleichsverhandlungen, um rund 1,4 Mio. Euro mehr bekommen wird und nicht durch etwa großartige Einsparungsmaßnahmen. Im Gegenteil. Eigentlich war dieser Lichtstreif am Horizont Anlass dafür, dass man das Budget wieder ausgeweitet hat, und auch feststellbar, in Bereichen wo es eigentlich gar nicht so notwendig war. Und nun liegt ein neuerlicher Vorschlag vor, den man nur überfliegen konnte, denn die Zeit dafür war einfach zu kurz, der sieht jedenfalls, um das Ganze auf den Punkt zu bringen, den Abgang von 3.370.200,-- Euro im ordentlichen Haushalt vor. Eines war ja auch sehr interessant. Ich nehme sogar an, dass das die Absicht war, über den außerordentlichen Haushalt war ja kaum eine Rede davon, obwohl, ich erinnere mich sehr genau, der Kollege Kupfer im Besonderen immer wieder darauf hingewiesen hat, dass auch bei diesen Verhandlungen der außerordentliche Haushalt nicht außer Acht gelassen werden darf, wie auch ich mich ausgedrückt habe. Nun, wie schaut das denn in diesem außerordentlichen Haushalt aus? Abgesehen davon, dass die Mittel „Anmeldungen aus dem Geschäftsleiterbereichen“ von rund 26,7 Mio. Euro auf 12,8 Mio. reduziert wurden, jetzt wieder um 1,3 Mio. weiter nach unten gedrückt werden. Es sind aber dennoch diese mehrmals gekürzten Summen im außerordentlichen Haushalt nur durch Darlehen, also neue Schulden, und durch Rücklagenentnahmen aus den letzten Resten möglich. So ist es in Wahrheit. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mehr als dramatisch, denn der außerordentliche Haushalt sollte eigentlich der Spielraum sein um die heute bereits mehrmals angeführten, von meinen Vorrednern bezeichneten Zukunftsprojekte verwirklichen zu können. Natürlich kann man jetzt über einzelne Positionen diskutieren ob es notwendig ist, dass man beispielsweise die Sporthalle um einen Betrag von 175.000,-- Euro abbrechen sollte oder nicht. Es geht auch um einige andere Positionen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um viel Grundsätzlicheres. Tatsache ist jedenfalls, dass viele angedachte oder teilweise vorbereitete Projekte durch Projektstudien in vielen Bereichen, im Verkehrsbereich, im Kulturbereich, in der Stadtentwicklung, nicht umgesetzt werden können, um jetzt nur einige Beispiele zu nennen.

In Anbetracht dieser prekären Finanzsituation, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion bewusst keine Vorschläge gemacht die in Richtung Budgetausdehnung sich auswirken, sondern wir haben vielmehr auf notwendige Einsparungsmaßnahmen, allerdings an der richtigen Stelle, hingewiesen, und das auch gefordert, und auch darauf gedrängt, dass man Grundstücke und Liegenschaften verkauft die sich im Besitz der Stadt befinden und die man nicht nützt und dass man auch die Mietverträge durchsieht um dort und da zu einem besseren Ergebnis zu kommen.

Na selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir von der Freiheitlichen Fraktion dafür, dass Institutionen wie die Freiwillige Feuerwehr, das Rote Kreuz ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um jetzt auch wieder nur ein paar Beispiele zu nennen, und dass wir unserer Verpflichtung nachkommen, im sozialen Bereich, vor allen Dingen für unsere älteren Mitbürger in entsprechenden Einrichtungen wie dem Alten- und Pflegeheimen Sorge zu tragen und dass auch, dafür sind wir auch, Vereine und kulturelle Einrichtungen unterstützt werden. Allerdings immer unter der Maßgabe der finanziellen Situation der Stadt und nicht immer einseitig. Das sage ich auch sehr deutlich. Gerade im Interesse der Verpflichtungen sind wir aber auch dafür, dass alles unternommen wird, dass dieses Finanzschiff der Stadt Steyr nicht völlig aus dem Ruder gerät. Denn wenn das Budget für das nächste Jahr gerade noch hinübergerettet wird, und das ist ja sehr deutlich erkennbar, dann frage ich mich: „Was machen wir denn am Ende des Jahres 2005, wenn wir daran gehen die Budgeterstellung für das Jahr 2006 in Angriff zu nehmen, wenn wir genau wissen, dass viele Dinge noch auf uns zukommen?“ Ich nenne auch wieder zwei Beispiele. Das ist das eine was das Alten- und Pflegeheim im Münichholz betrifft und, was auch uns treffen wird, was den Umbau des Alten- und Pflegeheimes am Tabor betrifft und da haben wir, ich sage es noch einmal sehr deutlich, eine Verpflichtung. Leider ist das „gerade noch sich hinüberretten“ bei dieser Budgetvorlage besonders deutlich erkennbar. Der Schuldenstand steigt nach wie vor immens, der wird nach wie vor 74 Mio. Euro in etwa am Ende des Jahres 2005, wenn alles gut geht, betragen und wir wissen alle, dass die neuen Schulden von heute die neuen Steuern von morgen sind. Die Rücklagen sind aber bis auf ein Minimum geschrumpft. Es hat nur ein bisschen eine Verbesserung jetzt, aufgrund dieser neuen Vorlage, gegeben, habe ich erkannt, denn der ursprüngliche Vorschlag sah ja vor, dass diese Rücklagen total ausgeräumt werden, dass man nämlich auf Null steht. Meine Damen und Herren, ich darf hier sehr deutlich auch meine Vorredner unterstützen. Man setzt keine effizienten Gegenmaßnahmen zu dieser dramatischen Situation oder etwa Strukturverbesserungen die der Herr Bürgermeister angekündigt hat, es fehlen nach wie vor ein mittelfristiger Finanzplan und Folgekostenrechnungen. Die vom Herrn Bürgermeister angekündigte Personengruppe, also die Projektgruppe die sich dann im nächsten Jahr mit dieser Finanzproblematik befassen sollte, die hätte klugerweise bereits vor Monaten, nämlich vor dieser Budgeterstellung, eingesetzt werden müssen um zu einem zufriedenstellenderen Ergebnis zu kommen.

Abschließend darf ich nochmals sehr deutlich darauf hinweisen, dass es eine Reihe von Bereichen und Ansätzen in diesem Budget gibt, denen wir Freiheitlichen durchaus die Zustimmung geben könnten. Wir werden aber deswegen nicht mitgehen, weil vor allem unsere grundsätzlichen Vorstellungen bei dieser Budgeterstellung nicht berücksichtigt wurden. Dazu gehört auch in sehr vielen Bereichen, das wurde auch bereits heute angeführt, eine verschleierte Budgetdarstellung und weil der Umgang mit den Steuergeldern, und vor allem der Umgang bei dieser Budgeterstellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Bürgervertretern, hier herinnen, nämlich mit den Mandataren der einzelnen Fraktionen, nicht zu akzeptieren ist. So, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, kann man nicht mit Mandataren umgehen von denen man eine Zustimmung zu dieser Budgetvorlage erwartet. Ich sage es nochmals, es ist ungehörig wenn man einfach hergeht und während der Sitzung, zu so wichtigen Themen wie heute dieses Budget das ja an sich die wichtigste Budgetsitzung ist, einen Zettel produziert und dann einen weiteren, weil ich dazu aufgerufen habe, und dann erwartet, dass man hier die Zustimmung von den Fraktionen erhält. Wir jedenfalls werden nicht mitgehen, ich habe das bereits betont, denn man hat deutlich erkennen können, dass man die Zustimmung der Freiheitlichen eigentlich ja gar nicht wünscht und daher sage ich es sehr deutlich, werden wir bei dieser Abstimmung zu diesem Budget, nachdem wir offensichtlich nicht erwünscht sind, nicht anwesend sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste ist die Frau Frech. Bitte schön.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, man sieht sehr deutlich, dass die Macht der Mehrheitsfraktion immer mehr zur Ohnmacht der Bürger führt. Auch zur Ohnmacht der Mandatare. Es ist eigentlich ein Affront, das habe ich auch in der Sitzung bereits gesagt Herr Bürgermeister, wenn man mit dem Argument, wir können es uns nicht mehr leisten, eigentlich sollten wir sagen wir wollen es uns nicht mehr leisten, für ein Bürgerbeteiligungsverfahren 0,0 Euro im Budget vorsieht. Keiner hätte ein Problem damit gehabt vielleicht ein bisschen herunter zu brechen, aber 0,0 Euro vorzusehen bedeutet im Endeffekt eine klare Aussage, Bürgerbeteiligung nein danke. Ja, wenn es der Bürgerinitiative ein Trost ist, die Ohnmacht der Bürger, wie gesagt, ich habe es schon erwähnt, die Ohnmacht der Mandatare ist genauso da. Wir werden in Entscheidungen nicht mehr eingebunden, Ausschüsse finden nicht mehr statt, ich bekomme jedes Mal die Einladungen, ich habe einen guten Überblick. Manchen Mandataren ist das vielleicht sogar entgangen, dass so viele Ausschüsse abgesagt wurden, weil im Regelfall sitzt jemand in drei Ausschüssen und wenn ein anderer Ausschuss abgesagt wird, tangiert ihn das nicht. Aber ich bekomme die Einladungen zu allen Ausschüssen und dann flattern mir innerhalb von sechs Wochen so viele Absagen herein wie in sieben Jahren nicht. In sechs Wochen wurden so viele Ausschüsse abgesagt wie in sieben Jahren nicht. Immer mit dem gleichen Argument – mangels Themen. Wo ich mir dann gedacht habe, das ist schon ganz interessant, weil zu Jahresende, wie man jetzt so sieht und wenn man den Vorrednern so zugehört hat, merkt man, Themen sind jede Menge da, allein wir wollen nicht darüber reden. Ich gebe ja zu es ist sehr elegant gemacht, weil in dem Moment wo ich keine Ausschüsse mehr mache, verhindere ich die Diskussion. Das ist das Einzige was wir als Opposition ja auch noch machen können. Ich verhindere die Akteneinsicht, weil ich habe ja nur dann Akteneinsicht, wenn etwas auf der Tagesordnung einer Sitzung ist. Ist etwas nicht auf der Tagesordnung einer Sitzung, habe ich auch kein Akteneinsichtsrecht. D. h., damit kann ich de facto einen Gemeinderat bzw. Opposition in einem Gemeinderat einfach aushungern. Weg von der Information, weg von der Diskussion. Und ich verhindere noch eines, weil das ist ab und zu doch gelungen, dass aufgrund der sachlichen Debatte der Opposition in einem Ausschuss auch plötzlich ein Umdenken begonnen hat. Auch durchaus bei der Mehrheitsfraktion oder bei anderen Fraktionen, wenn man mit einem Thema hineingegangen ist. Das ist auch weg. Meinungsbildung in einem Ausschuss geht nicht mehr. Es gibt halt dann nur mehr die Fraktionssitzungen. Wir werden de facto als Gemeinderat immer mehr entmachtet. Es reicht noch nicht, dass man die absolute Mehrheit hat. Nein, wir müssen auch noch die Ausschüsse de facto abschaffen. Wir lassen die Mandatare einfach weg von allen möglichen Diskussionsprozessen. Wir erfahren Dinge oft nur mehr aus der Zeitung oder aus dem Budget wenn man es ganz genau liest und plötzlich sieht, dass im Reithoffer Amtsgebäude hinkommen sollen und man sich fragt, ja Moment, wo ist denn das diskutiert worden. Ja nirgendwo ist das diskutiert worden. Oder Abbruch der Sporthalle. Auf einmal sind da über 100.000,-- Euro drinnen für den Abbruch der Sporthalle. Dann überlegt man sich, ja Moment, hat man was übersehen? Nein, das ist halt einfach so plötzlich reingegangen. Im Endeffekt, dieses Budget das

jetzt hier vorliegt ist nichts anderes als ein potemkinsches Dorf. Fassade, aber nichts dahinter. Und etwas, was den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt enorm auf den Kopf fallen wird, weil der Schuldenstand steigt, die Pro-Kopf-Verschuldung der Bürger steigt damit. Herr Kollege Bremm, wenn sie sagen, wir übernehmen die Verantwortung für dieses Budget. Es wäre ja schön, wenn es so ist, wenn sie privat die Verantwortung für dieses Budget tatsächlich hätten. Wer muss den die Suppe auslöffeln, die sie einbrocken? Das muss der Bürger und zwar mit höheren Gebühren die auf ihn zukommen, mit höheren Steuern die er zahlen muss, mit einer höheren Verschuldung die er hat und er hat immer weniger Leistungen. Wenn sie sich, es ist ja heute schon gefallen, so unseren Straßenzustand anschauen, den Zustand vieler öffentlicher Gebäude, unsere Straßenbeleuchtung und, und, und, dann sehen sie ja, wozu das führt. Der Bürger muss die Suppe auslöffeln. Sie leider nicht. Dass das Ganze ein potemkinsches Dorf ist, sieht man an einzelnen Punkten. Ich finde es ganz witzig. Im Endeffekt wird in diesem Papier, das uns jetzt vorgelegt worden ist, ein absoluter Kunstgriff gemacht. Also, das habe ich schon wieder amüsant gefunden. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man darüber lachen.

Herr Kollege Eichhübl, sie machen sich immer Sorgen um die Rücklagen, die sinken. Diese Sorgen sind völlig unberechtigt. Wir sind ja froh, dass die Rücklagen sinken. Wissen sie warum? Weil dadurch haben wir uns etwas erspart. Wir ersparen uns nämlich 10.000,-- Euro an Kapitalertragssteuer. Wir haben jetzt eine Ausgabensenkung von 10.000,-- Euro Kapitalertragssteuer, weil wir haben keine Rücklagen mehr. Nur, wenn ich so argumentiere, müsste ich eigentlich sagen, okay, überhaupt keine Rücklagen mehr, weil dann haben wir keine Kapitalertragssteuer mehr. Oder ich mache Dinge, die tun mir persönlich weh. Das tut mir persönlich weh, wenn ich Gesundheitsförderung in Kindergärten, Gesundheitsförderung in Horten die budgetiert sind, nicht dass ich jetzt etwas Falsches sage, ich habe den Zettel ja erst gerade bekommen, 200,-- Euro Mittel zur Gesundheitsvorsorge im Kindergarten. Das streichen wir dann herunter um die Hälfte auf 100,-- Euro. Also bitte, da wird es lächerlich. Da wird dann einsparen wirklich lächerlich, wenn ich sage, Mittel zur Gesundheitsvorsorge in Kindergärten streiche ich halt von 200,-- Euro auf 100,-- Euro herunter, de facto die Hälfte. Oder ich gehe her, Heimunterbringung bei der Jugendwohlfahrt. Der Kollege Oppl weiß das genauso gut wie jeder von uns, dass das Problem bei den Jugendlichen immer größer wird, dass wir Mehrkosten haben im Bereich der Heimeinweisungen und wir froh sein müssen, wenn wir das halten können, was wir heuer gehabt haben. Nein, wir gehen davon aus, wir haben 200.000,-- weniger. Eine reine Annahme. Wir sparen beim Umweltschutzpreis und bei Solarförderung. Wir gehen ein Drittel runter beim Umweltschutz und bei Solarförderungen usw. und so fort. Also, man hat einfach eines gemacht, man ist über sämtliche Positionen drüber gegangen und hat geschaut, wo können wir etwas herunter streichen. Nach welchem Modell weiß ich nicht. Vielleicht hat man gewürfelt, vielleicht hat man einfach gesagt, Gesundheitsförderung ist eh nicht wichtig, 50 % weniger. Ich weiß nicht wie. Sachlich argumentierbar ist es auf keinen Fall. Mir kommt das Ganze ein bisschen vor, um es ein bisschen bildhaft auszudrücken, wie wenn der Herr Finanzreferent sich auf Urlaub begeben hätte, gemeinsam mit einem Chemiker und einem Physiker. Die machen eine Kreuzfahrt. Irgendwann zieht einmal ein Sturm auf, das Schiff geht unter und die 3 retten sich auf eine Insel. Sie haben ziemlich viel Hunger und wissen nicht mehr, was sie essen sollen. Eines Tages wird eine Konservenbüchse an Land gespült. Es ist die Frage, wie bekommen wir diese Konservenbüchse auf. Der Physiker sagt, na ja, kein großes Problem, wir suchen uns auf der Insel einen Stein, hauen auf die Dose drauf und irgendwann wird sie schon aufgehen. Dann sagt der Chemiker, das ist doch völlig blöd, das machen wir anders. Wir stellen die Dose ins Meerwasser und durch den Salzgehalt des Meerwassers wird irgendwann einmal die Dose aufgehen. Der Finanzreferent der Stadt Steyr sagt, das ist doch alles ein Blödsinn, wir nehmen einfach an, wir hätten einen Dosenöffner. Und genauso ist dieses Budget erstellt. Wir nehmen einfach an. Wir nehmen einfach an, dass unsere Einnahmen nächstes Jahr steigen. Da drinnen stehen auf einmal, meine Damen und Herren, 150.000,-- Euro an geschätzten Mehreinnahmen an Kommunalsteuer. Und zwar von der letzten Sitzung auf heute. Haben sich von der letzten Sitzung auf heute plötzlich mehr Betriebe in Steyr angesiedelt? Sind plötzlich die Mitarbeiter mehr geworden? Wir nehmen einfach an.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Prognose!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Prognose, genau. Wir nehmen einfach an. Wir nehmen an, die Kommunalsteuer steigt plötzlich um 150.000,-- Euro. Am besten wäre es, wir sparen ein beim Schuldendienst um 150.000,-- Euro. Gleicher Betrag. Ja warum? Unsere Schulden sind da, sie werden sogar mehr. Na wir setzen halt ganz einfach aus mit den Zahlungen im nächsten Jahr, dann trifft es uns im übernächsten Jahr. Bitte, wenn ihnen heute eine Privatperson sagt ich spare jetzt und dann argumentiert indem ich jetzt meine

Kreditraten nicht mehr zurückzahlen sondern erst im übernächsten Jahr, dann würden sie den wahrscheinlich für ziemlich naiv halten und wahrscheinlich auch für verantwortungslos. Aber in der Stadt Steyr geht das. Wir nehmen einfach an. Und wir nehmen an, im Nachtragsvoranschlag, irgendwie wird es sich schon ausgehen. Wir hoffen auf ein Wunder. Es ist ja Weihnachten. Kurz vor Weihnachten darf man ja auf ein Wunder hoffen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, man müsste wirklich lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Das, was uns hier vorgelegt worden ist, ich kritisiere es seit sieben Jahren, der Rest da herinnen zum Teil erst heute, aber egal wann, seit sieben Jahren habe ich da herinnen gesagt, dass wir auf eine Finanzkatastrophe zusteuern. Ich bin immer milde belächelt worden. Ich bin es auch deshalb worden, weil man einfach mit einem Budget wunderbar tricksen kann. Das hat man in all den Jahren gemacht. Und man kann sehr viel an Kosmetik machen. Jetzt ist es nicht mehr möglich. Jetzt ist es so offensichtlich, dass es wirklich jedem auffällt, dass die Finanzkatastrophe da ist und dass es nicht fünf Minuten vor 12 ist, sondern schon lange fünf Minuten nach 12 und dass sie im Prinzip, meine Damen und Herren, wenn sie diesem Budget hier die Zustimmung geben, verantwortungslos handeln, nämlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Steyr derzeit, aber auch der nachfolgenden Generation die das alles schlucken muss, was sie jetzt hier produzieren. Die Opposition hat ja viel gemacht. Sie hat versucht zu überzeugen in den Ausschüssen. Zum Teil ist es jetzt schon so, dass sie nicht einmal mehr reden darf. Der Andy Kupfer hat das zuerst schon als Beispiel genannt, der letzte Stadtentwicklungsausschuss. Ich muss ihnen sagen, da war ich auch schon so weit, dass ich mir gedacht habe, jetzt müsste ich aufstehen und gehen, weil es ein Affront war, nicht nur gegenüber den Mandataren, sondern auch gegenüber den Beamten. Wenn der Baudirektor der Stadt Steyr nicht einmal mehr ausreden darf, mit dem Blick auf die Uhr, na machen wir schon, nächster Punkt, geht schon, und der sich dann noch ganz zögerlich meldet, ich hätte schon noch ... nein, da wird einfach darüber gefahren, nicht einmal mehr die Beamten ihre Argumente die sie sich zuerst vorbereitet haben, die machen das ja auch nicht aus Jux und Tollerei, die bereiten sich auf eine Sitzung vor, die überlegen sich, wie sie das sachlich hinüber bringen, die wollen uns bestmöglich informieren und wir als Politiker geben ihnen dann das Signal interessiert uns eigentlich eh nicht, aus Zeitdruck. Dieser Zeitdruck war ja absolut nicht notwendig. Weil wer ist denn der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses? Das ist der Herr Bürgermeister. Der legt diesen Termin fest. Wenn er weiß, dass er um 14 Uhr Stadtentwicklungsausschuss hat, dann darf er sich eben nicht für 16 Uhr einen anderen Termin ausmachen. So einfach ist das. Aber da die Beamten nicht einmal mehr zu Wort kommen zu lassen, der Opposition praktisch drüber zu fahren und das bei Themen wie Flächenwidmung, das ist ja was, Stadtentwicklung, Stadtplanung. Es spielt alles keine Rolle mehr, wir fahren einfach drüber. Über die Mandatäre, wir fahren über die Beamten drüber, wir fahren über die Bürger drüber. Und die Opposition will einfach nicht länger Stimmvieh sein. Wir sind da herinnen eigentlich wirklich nur mehr Stimmvieh. Nicht einmal mehr das, weil es ist eh egal wie wir aufzeigen, die Mehrheit hat ja ohnedies die SPÖ.

Ja, geredet haben wir genug, reden dürfen wir ja an sich auch schon fast nicht mehr, im Gemeinderat geht es gerade noch, da wird auch noch eine Zeit kommen, wo wir eine Redebeschränkung bekommen, da warte ich noch darauf, dass das auch noch aus Zeitgründen kommt. Irgendwann einmal muss man Taten setzen. Eine dieser Taten ist einfach die, dass die Opposition nicht gewillt ist, hier herinnen zum Stimmvieh degradiert zu werden. Da jetzt einfach nur eine Staffage abzugeben in Form einer Abstimmung, wo halt jetzt dann abgestimmt wird wer ist dafür, wer ist dagegen und dann gehen wir alle brav essen und ist eh alles gemütlich. Wir werden an diesem Essen nicht teilnehmen, wir haben nichts zu feiern. Ganz im Gegenteil, wir werden jetzt aus diesem GR-Saal ausziehen, unter Protest, weil wir hier herinnen unter solchen Vorgangsweisen einfach ein Signal setzen wollen, damit sie, Herr Bürgermeister, im nächsten Jahr hoffentlich merken, dass sie zwar die Mehrheit in diesem Gemeinderat haben, aber trotzdem nicht die Allmacht.

Die ÖVP-Fraktion, die FPÖ-Fraktion, Die Grünen und das Bürgerforum Frech verlassen um 13.14 Uhr den Gemeinderatssaal.

GR Monika Freimund kommt um 13.14 Uhr wieder in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir unterbrechen die Sitzung für 10 Minuten.

Sitzungsunterbrechung von 13.14 bis 13.20 Uhr

GR Stephan Keiler kommt um 13.20 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir nehmen die Sitzung wieder auf und ich ersuche den Bürgermeister um sein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu meinem Schlusswort möchte ich anmerken, mir war natürlich von vornherein klar, dass ein Budget, wo wir ausgegangen sind von einer Situation 6,9 Mio. Überschreitung, 1. Beamtenvorschlag, 2. Beamtenvorschlag 4,6 Mio. und letztendlich sind wir dann bei ca. 3,4 Mio. gelandet, dass das keine einfache Situation war und dass es sogar im eigenen Bereich große Diskussionen gegeben hat. Das ist alles selbstverständlich und menschlich, weil es ja nicht einfach zu entscheiden ist irgendetwas wegzunehmen, sondern es ist immer einfacher etwas dazuzugeben. Mir tut es auch wirklich ganz besonders Leid, dass heute diese Situation eingetreten ist. Mir wäre es wesentlich lieber gewesen, wenn heute zumindest eine Fraktion noch mitgestimmt hätte. Die Aussichten dazu waren ja in den vergangenen Tage noch gegeben. Ich habe mit der ÖVP nicht nur zwei Runden gehabt, sondern auch eine dritte Runde. Der Kollege Mayrhofer hat sich dann auch noch eine vierte Runde erwartet. Es hat mit den Grünen auch bis zuletzt Gespräche gegeben, wo Forderungen auf den Tisch gelegen sind, wo wir gesagt haben, aufgrund der Situation, dass wir in einigen Punkten den Grünen entgegengekommen sind, und ganz eindeutig entgegengekommen sind, war das aus meiner Sicht durchaus denkbar, dass auch die Grünen mit uns mitstimmen. Bei den Freiheitlichen war eigentlich die Situation für mich sehr undurchsichtig. Das waren sehr kurze Gespräche und eigentlich hat Roman Eichhübl immer signalisiert er würde alles akzeptieren, wenn entsprechend gespart wird, das hat er auch heute noch einmal dokumentiert. Die Frau Frech hat sich von Haus aus geäußert, dass die Erfindung dieser Zahlen im Budget 2005 für sie nicht die richtige Methode ist und dass sie alleine deswegen nicht zustimmen wird. So war die Situation bis gestern. Mir wäre, wie gesagt, wesentlich lieber gewesen, wir hätten heute einen Partner mit im Boot gehabt. So ist es so, dass wir heute ein Budget der absoluten Mehrheit beschließen. Wir stehen auch ganz klar dazu. Es ist ein Budget das für uns ein tragbares Budget ist, wobei man ganz klar dazu sagen muss, dass selbstverständlich entsprechende Strukturdiskussionen im nächsten Jahr laufen müssen. Es kann nicht sein, dass wir ein Budget dieser Größenordnung so jedes Jahr beschließen. Es muss eine Entwicklung nach oben geben, es müssen sich diese Überschreitungen, die wir in den letzten beiden Jahren beschlossen haben, wieder umkehren und es muss wieder zu einer stabilen Situation führen. Wir haben Gott sei Dank jetzt noch ausreichend Rücklagen. Wir werden auch beim Rechnungsabschluss nächstes Jahr sehen, dass dieses Minus, das für dieses Jahr prognostiziert war, nicht in dieser Größenordnung eintreten wird, sodass die Rücklagen nach Ablauf des Jahres 2005 und beim Rechnungsabschluss 2006 nicht so hoch sein werden, wie sie heute budgetiert sind. Es gibt mir Hoffnung, dass wir in der nächsten Zeit doch in eine positive Richtung kommen werden, zumal ich auch Signale vonseiten der Landesregierung habe, dass es auch in Zukunft eine positive, wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren geben wird, die dazu führen könnte, und das muss ich wirklich auch in der Möglichkeitsform sagen, dass sich auch dann die Budgets wieder nach oben entwickeln. Ich möchte das heute wirklich noch einmal sehr deutlich sagen, dass in den nächsten Wochen, Monaten noch einmal entsprechende Projekte aufgesetzt werden um hier strukturelle Veränderungen bei der Budgeterstellung und bei der gesamten Budgetierung und beim gesamten Ablauf im nächsten Jahr festgelegt werden müssen. Wir haben auch bereits erste Schritte getan. Ich bin überzeugt, dass mit diesen Maßnahmen nächstes Jahr vielleicht doch wieder ein Budgetbeschluss stattfinden kann mit allen oder mit anderen Fraktionen gemeinsam. Ich bitte jetzt um Abstimmung für dieses Budget 2005 in der zuletzt vorliegenden Form.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zur Abstimmung steht der Hauptantrag in Form des zuletzt vorgelegten Abänderungsantrages der SPÖ. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das Budget wurde einstimmig angenommen. Ich danke.

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und wir kommen gleich zur „Aktuellen Stunde“. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Ich würde jetzt alle ins Gasthaus Schwechater Hof einladen. Wir setzen uns da noch einmal zusammen und diskutieren die Sache noch einmal. Ich bedanke mich für die rege Diskussion und schließe damit ist die heutige GR-Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 13.25 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Monika Freimund eh.

GR Hans Payrleithner eh.